

T +41 31 3266607 E gaelle.lapique@gruene.ch Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates 3003 Bern pflege@bag.admin.ch gever@bag.admin.ch

12. August 2019

Pa.lv. 19.401 «Für eine Stärkung der Pflege – für mehr Patientensicherheit und mehr Pflegequalität»; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der Vernehmlassung zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)» haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vorlage äussern zu dürfen.

Die GRÜNEN haben die Pflegeinitiative seit ihrer Lancierung unterstützt und setzen sich dementsprechend für die zügige Umsetzung der darin enthaltenen Forderungen ein. Die GRÜNEN begrüssen daher den Vorentwurf der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats grundsätzlich. Er anerkennt viele der Herausforderungen welche die Pflegeinitiative angehen möchte, und schlägt konkrete Massnahmen und substantielle Verbesserungen vor. Die GRÜNEN bedauern aber sehr, dass dieser Gegenvorschlag nur für einen Teil des umfassenden Forderungskatalogs der Pflegeinitiative Handlungsbedarf anerkennt. Es braucht grundsätzlich verbindlichere und mutigere Massnahmen, um den wichtigen Forderungen der Initianten gerecht zu werden. Ausserdem müssen die entsprechenden finanziellen Mittel dafür garantiert werden.

Aus Sicht der GRÜNEN ist es zwingend nötig, auch Massnahmen zur Verbesserung der Arbeitsumgebungsqualität und für eine angemessene Abgeltung der Pflegeleistungen zu ergreifen. Es wird nicht gelingen, wesentlich mehr Pflegefachpersonen auszubilden und im Beruf zu halten, wenn sich die Arbeitsumgebungsqualität und damit die Arbeitsbedingungen nicht verbessern.

Sollte das Parlament umfassende Massnahmen ergreifen wollen, um eine hohe Pflegequalität, eine angemessene Abgeltung der Pflegeleistungen und eine bessere Arbeitsplatzzufriedenheit zu garantieren, so sind auch die Vorgabe einer sicheren und bedarfsgerechten Personalausstattung (*Nurse-to-patient-ratio*) und besserer Arbeitsplatzbedingungen unerlässlich.

Schlussendlich sind nachhaltige Investitionen in die Pflege eine notwendige Voraussetzung, um die Kosten- und Prämienexplosion im Gesundheitswesen nachhaltig dämpfen zu können.

Im Folgenden wird lediglich auf einzelne Punkte des Vorentwurfs eingegangen. Darüber hinaus verweisen die GRÜNEN auf die Stellungnahme und die Bemerkungen des Hauptinitiators der Pflegeinitiative, dem Schweizer Berufsverband der Pflegefachpersonen (SBK).

Kommentare zu den einzelnen Artikeln

Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege

Minderheit zum Nichteintreten wird abgelehnt.

- Art. 1: Die Minderheiten I und II werden abgelehnt.
- **Art. 5:** Es ist sehr zu begrüssen, dass die Kantone den Ausbildungsbetrieben Beiträge zu deren Ausbildungsleistung gewähren müssen. Die GRÜNEN können aber nicht nachvollziehen, weshalb mit diesen kantonalen Beiträgen nur mindestens die Hälfte und nicht die gesamten durchschnittlichen ungedeckten Ausbildungskosten abgegolten werden sollen.
- **Art. 6:** Die GRÜNEN lehnen die Minderheiten ab und unterstützen den Antrag des SBK. Es ist nicht zielführend, 26 verschiedene Regelungen zur Berechtigung von Ausbildungsbeiträgen zu schaffen. Es braucht eine einheitliche bundesweite Festlegung der Voraussetzungen, des Umfangs sowie des Vergabeverfahrens der Ausbildungsbeiträge.
- Art. 7: Die Kredite werden gemäss Vorentwurf nur dann gewährt, wenn die Kantone ebenfalls Aufwendungen für die Erfüllung ihrer Aufgaben sprechen. Bleiben einzelne Kantone untätig oder ergreifen sie zu wenige Massnahmen, so wäre das vorliegende Bundesgesetz wirkungslos. Aus diesem Grund sind die Kantone zu verpflichten, sämtliche gemäss ihrer Bedarfsplanung notwendigen Ausbildungsbeiträge zu gewähren. Dazu braucht es im Bundesgesetz eine verbindliche Formulierung. Darüber hinaus lehnen die GRÜNEN die Minderheit II zu Abs. 1 ab, unterstützen die Minderheit zu Abs. 3 sowie den Antrag des SBK, in Abs. 2 das Wort "höchstens" zu streichen.
- **Art. 12:** Die GRÜNEN lehnen die vorgesehene temporäre Gültigkeit des Gesetzes für eine Dauer von nur acht Jahren ab. Diese Befristung ist unaufrichtig, denn es ist unmöglich, den stark wachsenden Pflegebedarf innert acht Jahren zu decken. Es braucht mehrere Jahre, bis die Massnahmen greifen, die Ausbildungen abgeschlossen werden und dem Arbeitsmarkt genügend Personen zur Verfügung stehen.

Bundesbeschlüsse

Anpassungen des Krankenversicherungsgesetzes

- **Eigenverantwortliche Leistungserbringung** (Art. 25): Die GRÜNEN begrüssen die gesetzliche Verankerung von eigenverantwortlichen Handlungsbereichen. Sie ist eine langjährige Forderung des Pflegefachpersonals und entsprechend auch ein zentrales Element der Pflegeinitiative. Die Erbringung gewisser Leistungen ohne Anordnung einer Ärztin/eines Arztes ist zentral für die Anerkennung bzw. Attraktivität der Pflegefachberufe. Es handelt sich hier aber auch grundsätzlich um den gesetzlichen Nachvollzug der im Pflegealltag längst etablierten Abläufe.

- Betriebsbewilligungen und Bildungsförderung (Art. 38): Die GRÜNEN unterstützen den Antrag des SBK. Das Ziel ist es, dass möglichst viele Organisationen Ausbildungsleistungen erbringen. Nicht nur Organisationen mit einem kantonalen Leistungsauftrag sollen verpflichtet werden. Zudem lehnen die GRÜNEN die von der Minderheit beantragte Aufhebung des Kontrahierungszwanges vehement ab.

Betreuungsverhältnis (Art. 39 Abst. 1 Bst. B): Die GRÜNEN unterstützen den Minderheitsantrag zu Art. 39 Abs. 1 Bst. B für die gesetzliche Verankerung einer sowohl quantitativen als auch qualifikationsspezifischen Personaldotation. Die Korrelation zwischen Personaldotation (quantitativ und qualitativ, also der Anzahl und dem Ausbildungsniveau der diplomierten Pflegefachpersonen) einerseits und der Pflegequalität und Patientensicherheit (insb. Komplikations- und Sterblichkeitsrate) andererseits, ist wissenschaftlich klar belegt. Die Personaldotation ist entsprechend dem unterschiedlichen Bedarf pro Pflegebereich (stationäre Langzeitpflege, medizinische und chirurgische Abteilungen, Spitex, Intensivstationen etc.) festzulegen.

GAV-Pflicht (Art. 39b - neu): Die GRÜNEN unterstützen mit Nachdruck den Minderheitsantrag für einen neuen Artikel 39b zur Einführung einer Pflicht für Spitäler und Pflegeheime zum Anschluss an einen repräsentativen Gesamtarbeitsvertrag sowie zum Erlass von Sanktionen bei Verletzung dieser Pflicht. Nur eine nationale gesetzliche Vorgabe kann die flächendeckende Verbesserung der Arbeitsbedingungen sicherstellen. Diese ist Voraussetzung, um die Arbeitsplatzzufriedenheit und damit die Berufsverweildauer zu erhöhen. Arbeitsplatzzufriedenheit und Berufsverweildauer wiederum sind grundlegend, um die Qualität der Pflegeleistungen und die Patientensicherheit zu erhöhen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und bitten Sie, die Vorlage entsprechend anzupassen. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

3

Freundliche Grüsse

Regula Rytz

Präsidentin

Gaëlle Lapique

opine.

Fachsekretärin

_ . h A

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit CH-3003 Bern

Geht per Mail an: pflege@bag.admin.ch

gever@bag.admin.ch



12.8.2019

<u>Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative 19.401: Für eine Stärkung der Pflege – für mehr</u> Patientensicherheit und mehr Pflegequalität

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Vernehmlassung.

Die BDP setzt sich seit Jahren für eine menschenwürdige Pflege ein, denn es ist unbestritten, dass in der Schweiz ein Pflegenotstand herrscht. Deshalb unterstützt sie den indirekten Gegenvorschlag der Kommission - bis auf ein paar Abstriche - klar. Die Initiative lehnt sie ab, denn einerseits braucht es so schnell wie möglich konkrete Massnahmen, andererseits gehören spezifische Berufsgruppen nicht in die Verfassung.

Die Faktenlage ist eindeutig: Die Schweiz braucht 2025 zusätzliche ca. 27'000 Pflegekräfte. Es braucht somit nicht nur mehr neue Pflegekräfte, sondern die schon im Beruf Arbeitenden müssen motiviert werden, länger in der Pflege zu verweilen. Dieser sogenannte Pflegenotstand wirkt sich nicht nur auf die Zufriedenheit der Angestellten – und somit auf die Attraktivität des Berufs im Allgemeinen – aus, sondern auch unmittelbar auf die Qualität der Pflege und die Patientensicherheit.

Die Notwendigkeit von raschen, konkreten Massnahmen ist demnach unbestritten. Die eingereichte Pflegeinitiative zeigt gute Ansätze auf. Dennoch ist sie abzulehnen, denn einerseits sind einige der vorgeschlagenen Massnahmen nicht praktikabel, andererseits ist die Hervorhebung einer einzelnen Berufsgruppe in der Verfassung unverhältnismässig. Zudem lässt die Notwendigkeit von rasch spürbaren Lösungen den Weg über ein Gesetz als sinnvoller erscheinen.

Die vom indirekten Gegenvorschlag formulierte Zielsetzung wird vorbehaltlos unterstützt: Nicht nur muss die Situation des Pflegepersonals rasch verbessert werden, sondern die Pflegequalität muss gesteigert und die Patientensicherheit verstärkt werden. Es ist deshalb richtig, dass nicht nur die Ausbildung von neuen Pflegekräften forciert, sondern dass der Berufsstatus endlich aufgewertet wird. Pflegefachpersonen sind keine Hilfskräfte!

Die vorgeschlagene gesetzliche Verankerung von eigenverantwortlichen Handlungsbereichen wird begrüsst: Dass Pflegepersonen heute nur auf Anordnung oder im Auftrag eines Arztes tätig werden können, ist – gerade in der Grundpflege – unsinnig. Durch die Stärkung der Eigenverantwortung kann der Status des Berufs aufgewertet und die Attraktivität gesteigert werden. Die damit im **BDP Schweiz**

Zusammenhang stehende Forderung einer teilweisen Lockerung des Vertragszwangs wird noch näher diskutiert werden müssen.

Dass eine Ausbildungsverpflichtung – mit einer Verpflichtung zur finanziellen Unterstützung durch die Kantone - für gewisse Leistungserbringer implementiert wird und dass der Bund sich finanziell daran beteiligt, ist richtig und nötig. Dass aber die Unterstützung des Bundes auf 8 Jahre befristet werden soll, erscheint wenig sinnvoll. Gerade im Hinblick auf die demographische Entwicklung der nächsten Jahre, muss ein steigender Pflegebedarf über 2030 hinaus angenommen werden. Zudem kann ein solch strukturelles Problem nicht in 8 Jahren gelöst werden. Die Befristung ist deshalb abzulehnen.

Gleiches gilt bei den Ausbildungsbeiträgen: Die Kantone sollen verpflichtet werden, angehende diplomierte Pflegefachpersonen mit Ausbildungsbeiträgen zu unterstützen. Der Bund beteiligt sich wiederum während 8 Jahren. Aus den oben genannten Gründen ist diese Befristung abzulehnen. Die Schweiz muss ein Interesse an gut ausgebildeten Fachkräften in der Pflege haben. Dass ein schlechter Ausbildungslohn viele Interessierte davon abhält, einen Diplomabschluss auf tertiärer Stufe zu machen, ist unhaltbar.

Es braucht nicht nur Massnahmen für die Ausbildung neuer Pflegepersonen, sondern auch für bereits im Beruf Stehende: Viele Pflegepersonen haben einen altrechtlichen Abschluss, welcher nicht in die neue Bildungssystematik überführt worden ist. Für diese Personen ist es sehr schwierig, für Weiterbildungen zugelassen zu werden. Der Zugang zu Weiterbildungen für diesen Personenkreis muss verbessert werden. Allerdings sollen die Aus- und Weiterbildungen von den bewährten Bildungsinstitutionen durchgeführt werden, eine Verlagerung zur OdASanté ist abzulehnen, da diese kein Bildungsinstitut ist!

Wir danken für die Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

landolt

Martin Landolt

Parteipräsident BDP Schweiz

Rosmarie Quadranti

Fraktionspräsidentin BDP Schweiz

7. AndraL

CVP Schweiz



CVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern

Per E-Mail: pflege@bag.admin.ch gever@bag.admin.ch

Bern, 14. August 2019

Vernehmlassung: Pa.lv. 19.401 «Für eine Stärkung der Pflege – für mehr Patientensicherheit und mehr Pflegequalität»

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur Pa.lv. 19.401 «Für eine Stärkung der Pflege – für mehr Patientensicherheit und mehr Pflegequalität» Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Die Umsetzung der parlamentarischen Initiative 19.401 «Für eine Stärkung der Pflege – für mehr Patientensicherheit und mehr Pflegequalität» soll einen indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)» bilden.

Die CVP anerkennt den Handlungsbedarf im Pflegebereich, welcher mit der Volksinitiative angegangen werden soll. Es besteht unbestritten ein steigender Pflegebedarf gegenüber einem zunehmenden Fachkräftemangel beim Pflegefachpersonal. In den vergangenen Jahren haben wir den Bedarf an Pflegepersonal mit ausländischen Fachkräften gedeckt. Dieses Pflegepersonal fehlt dann in ihrem Herkunftsland. Wir sind daher gefordert, selber genügend Pflegefachpersonen auszubilden. Die CVP unterstützt daher ein zusätzliches finanzielles Engagement von Bund und Kantonen für die Ausbildung von Pflegefachpersonen. Gleichzeitig sind aber auch die Pflegeeinrichtungen, namentlich Spitäler, Pflegeheime und Spitex gefordert, genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen und für angemessene Arbeitsbedingungen zu sorgen; nicht zuletzt mit Blick auf die hohe Berufsausstiegsrate im Pflegeberuf.

Die CVP bezweifelt jedoch, dass das Anliegen der Pflegeinitiative auf Verfassungsstufe verankert werden sollte. Dies und die Forderungen der Initiative betreffend

Arbeitsbedingungen und berufliche Entwicklung des Pflegepersonals gehen unseres Erachtens zu weit. Die Arbeitsbedingungen und Arbeitszufriedenheit sind zweifellos entscheidende Faktoren für den Verbleib der Fachpersonen im Pflegeberuf. Das ist aber vor allem Sache der Arbeitgeber und Sozialpartner. Die CVP unterstützt aber den indirekten Gegenvorschlag der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-NR) und eine Aufwertung des Pflegefachberufs. Es geht dabei besonders auch um die Patientensicherheit und die Pflegequalität. Es soll auf Gesetzesstufe sichergestellt werden, dass gut ausgebildete Pflegefachkräfte in eigener Verantwortung spezifische Pflegeleistungen erbringen können und Pflegeleistungen angemessen abgegolten werden.

Mit Blick auf die Kostenentwicklung und die Patientensicherheit ist allenfalls zu prüfen, ob ein Wegfall der ärztlichen Anordnung zur Ausführung von gewissen Pflegeleistungen mit entsprechenden Vereinbarungen zwischen den betroffenen Branchen und den Kostenträgern kompensiert werden sollte. Wenn Pflegefachpersonen gemäss ihren fachlichen Qualifikationen in eigener Verantwortung Leistungen erbringen können, führt das zu einer Entlastung ärztlicher Leistungen und damit zu weniger Arztkosten.

Schliesslich möchten wir noch Folgendes festhalten: Der CVP ist bewusst, dass es aus demographischen Gründen in Zukunft zu einem verstärkten Pflegebedarf und somit zu einer Mengenausweitung im Pflegebereich kommen wird. Wir legen aber Wert darauf, dass jegliche weitere ungerechtfertigte Mengenausweitung und damit verbundene Mehrkosten klar vermieden werden müssen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister Präsident der CVP Schweiz Sig. Gianna Luzio Generalsekretärin CVP Schweiz

Stellungnahme von

Name / Organisation / Firma : CVP Schweiz

Abkürzung der Organisation / Firma : CVP

Adresse : Hirschengraben 9, Postfach, 3001 Bern

Kontaktperson :

Telefon : 0313573333

E-Mail : info@cvp.ch

Datum : 14.08.19

Wichtige Hinweise:

- 1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
- 2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.
- 3. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
- 4. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **14. August 2019** an folgende E-Mail Adressen: <u>pflege@bag.admin.ch</u>
 Sowie an gever@bag.admin.ch
- 5. Spalte "Name/Firma" muss nicht ausgefüllt werden.

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege und zu erläuternden Bericht	m _ 3
Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs des neuen Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege und zu deren Erläuterungen	_ 5
Änderungen anderer Erlasse: Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln der Strafprozessordnung, des Militärstrafprozesses, des Berufsbildungsgesetzes sowie des Gesundheitsberufegesetzes sowie zu den Erläuterungen	s _ 8
Änderung anderer Erlasse: Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Krankenversicherungsgesetzes sowie zu den Erläuterungen	10
Bemerkungen zum Bundesbeschluss über Finanzhilfen zur Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege und zu den Erläuterungen	12
Bemerkungen zum Bundesbeschluss über die Erhöhung der Ausbildungsabschlüsse in Pflege an den kantonalen Fachhochschulen und zu den Erläuterungen	13
Bemerkungen zum Bundesbeschluss über Finanzhilfen zur Förderung der Effizienz in der medizinischen Grundversorgung, insbesondere der Interprofessionalität und zu den Erläuterungen	14
Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen:	15

Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege und zum erläuternden Bericht					
Name/Firma	Bemerkung/Anregung				
CVP	Die Umsetzung der parlamentarischen Initiative 19.401 «Für eine Stärkung der Pflege – für mehr Patientensicherheit und mehr Pflegequalität» soll einen indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)» bilden.				
	Die CVP anerkennt den Handlungsbedarf im Pflegebereich, welcher mit der Volksinitiative angegangen werden soll. Es besteht unbestritten ein steigender Pflegebedarf gegenüber einem zunehmenden Fachkräftemangel beim Pflegefachpersonal. In den vergangenen Jahren haben wir den Bedarf an Pflegepersonal mit ausländischen Fachkräften gedeckt. Dieses Pflegepersonal fehlt dann in ihrem Herkunftsland. Wir sind daher gefordert, selber genügend Pflegefachpersonen auszubilden. Die CVP unterstützt daher ein zusätzliches finanzielles Engagement von Bund und Kantonen für die Ausbildung von Pflegefachpersonen. Gleichzeitig sind aber auch die Pflegeeinrichtungen, namentlich Spitäler, Pflegeheime und Spitex gefordert, genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen und für angemessene Arbeitsbedingungen zu sorgen; nicht zuletzt mit Blick auf die hohe Berufsausstiegsrate im Pflegeberuf.				
CVP	Die CVP bezweifelt jedoch, dass das Anliegen der Pflegeinitiative auf Verfassungsstufe verankert werden sollte. Dies und die Forderungen der Initiative betreffend Arbeitsbedingungen und berufliche Entwicklung des Pflegepersonals gehen unseres Erachtens zu weit. Die Arbeitsbedingungen und Arbeitszufriedenheit sind zweifellos entscheidende Faktoren für den Verbleib der Fachpersonen im Pflegeberuf. Das ist aber vor allem Sache der Arbeitgeber und Sozialpartner. Die CVP unterstützt aber den indirekten Gegenvorschlag der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-NR) und eine Aufwertung des Pflegefachberufs. Es geht dabei besonders auch um die Patientensicherheit und die Pflegequalität. Es soll auf Gesetzesstufe sichergestellt werden, dass gut ausgebildete Pflegefachkräfte in eigener Verantwortung spezifische Pflegeleistungen erbringen können und Pflegeleistungen angemessen abgegolten werden.				
CVP	Mit Blick auf die Kostenentwicklung und die Patientensicherheit ist allenfalls zu prüfen, ob ein Wegfall der ärztlichen Anordnung zur Ausführung von gewissen Pflegeleistungen mit entsprechenden Vereinbarungen zwischen den betroffenen Branchen und den Kostenträgern kompensiert werden sollte. Wenn Pflegefachpersonen gemäss ihren fachlichen Qualifikationen in eigener Verantwortung Leistungen erbringen können, führt das zu einer Entlastung ärztlicher Leistungen und damit zu weniger Arztkosten.				
CVP	Schliesslich möchten wir noch Folgendes festhalten: Der CVP ist bewusst, dass es aus demographischen Gründen in Zukunft zu einem verstärkten Pflegebedarf und somit zu einer Mengenausweitung im Pflegebereich kommen wird. Wir legen aber Wert darauf, dass jegliche weitere ungerechtfertigte Mengenausweitung und damit verbundene Mehrkosten klar vermieden werden müssen.				

CVP	
CVP	
CVP	

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs des neuen Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege und zu deren Erläuterungen

		1			
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
CVP					

CVP							
CVP							
CVP							
CVP							
CVP							
CVP							
CVP							
CVP							
CVP							
CVP							
CVP							
CVP							
CVP							
CVP							
CVP							
CVP							
L		I					

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Änderungen anderer Erlasse: Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln der Strafprozessordnung, des Militärstrafprozesses, des Berufsbildungsgesetzes sowie des Gesundheitsberufegesetzes sowie zu den Erläuterungen

Lilaatorai	1	T	I		
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
CVP					

CVP			
CVP			
		I .	

Änderung anderer Erlasse: Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Krankenversicherungsgesetzes sowie zu den Erläuterungen

Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
CVP					

CVP		
CVP		

Bemerkungen zum Bundesbeschluss über Finanzhilfen zur Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege und zu den Erläuterungen						
Name/Firma	Art.	Bemerkung/Anregung	Textvorschlag			
CVP						
CVP						
CVP						
CVP						
CVP						
CVP						
CVP						

CVP

Bemerkungen zum Bundesbeschluss über die Erhöhung der Ausbildungsabschlüsse in Pflege an den kantonalen Fachhochschulen und zu den Erläuterungen						
Name/Firma	Art.	Bemerkung/Anregung	Textvorschlag			
CVP						
CVP						
CVP						
CVP						
CVP						
CVP						
CVP						

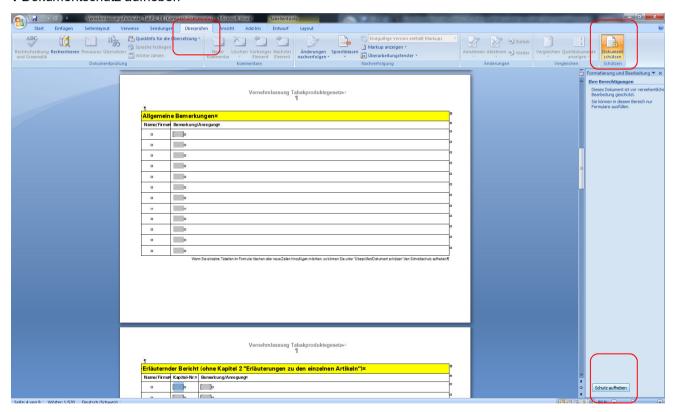
CVP

Bemerkungen zum Bundesbeschluss über Finanzhilfen zur Förderung der Effizienz in der medizinischen Grundversorgung, insbesondere der Interprofessionalität und zu den Erläuterungen Name/Firma Art. Bemerkung/Anregung Textvorschlag

110111011101	2	=	1 0.111 0.10 0.111 ug
CVP			
· ·	·	·	

Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen:

- 1. Dokumentschutz aufheben
- 2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
- 3. Dokumentschutz wieder aktivieren
- 1 Dokumentschutz aufheben

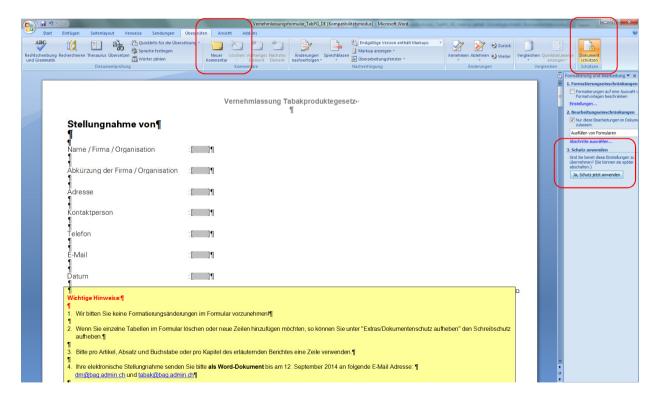


2 Zeilen einfügen

Ganze Zeile mit leeren grauen Feldern markieren (die Zeile wird blau hinterlegt) Control-C für Kopieren Control-V für Einfügen



3 Dokumentschutz wieder aktivieren





Kommissionspräsident Herr Thomas de Courten Per E-mail: pflege@bag.admin.ch und gever@bag.admin.ch

Bern, 14. August 2019

Stellungnahme der EVP Schweiz zur Parlamentarischen Initiative «Für eine Stärkung der Pflege – für mehr Patientensicherheit und mehr Pflegequalität»

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident, sehr geehrte Damen und Herren

Die EVP Schweiz dankt für die Möglichkeit sich zur Parlamentarischen Initiative «Für eine Stärkung der Pflege – für mehr Patientensicherheit und mehr Pflegequalität» zu äussern.

Sie entnehmen unsere Argumente dem angehängten Dokument.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Marianne Streiff-Feller Präsidentin EVP Schweiz Roman Rutz

Generalsekretär EVP Schweiz

Stellungnahme von

Name / Organisation / Firma : Evangelische Volkspartei Schweiz

Abkürzung der Organisation / Firma : EVP

Adresse : Nägeligasse 11

Kontaktperson : Anaël Jambers

Telefon : 076 341 09 01

E-Mail : anael.jambers@evppev.ch

Datum : 05.08.2019

Wichtige Hinweise:

- 1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
- 2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.
- 3. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
- 4. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **14. August 2019** an folgende E-Mail Adressen: <u>pflege@bag.admin.ch</u>
 Sowie an <u>gever@bag.admin.ch</u>
- 5. Spalte "Name/Firma" muss nicht ausgefüllt werden.

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege und zu erläuternden Bericht	m . 3
Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs des neuen Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege und zu deren Erläuterungen	5
Änderungen anderer Erlasse: Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln der Strafprozessordnung, des Militärstrafprozesses, des Berufsbildungsgesetzes sowie des Gesundheitsberufegesetzes sowie zu den Erläuterungen	; 7
Änderung anderer Erlasse: Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Krankenversicherungsgesetzes sowie zu den Erläuterungen	8
Bemerkungen zum Bundesbeschluss über Finanzhilfen zur Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege und zu den Erläuterungen	10
Bemerkungen zum Bundesbeschluss über die Erhöhung der Ausbildungsabschlüsse in Pflege an den kantonalen Fachhochschulen und zu den Erläuterungen′	11
Bemerkungen zum Bundesbeschluss über Finanzhilfen zur Förderung der Effizienz in der medizinischen Grundversorgung, insbesondere der Interprofessionalität und zu den Erläuterungen	12
Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen:	13

Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege und zum erläuternden Bericht

Name/Firma	Bemerkung/Anregung
EVP	Die EVP Schweiz bedankt sich für die Möglichkeit sich zum Entwurf des Bungesgesetzes und anderer Erlasse Stellung zu nehmen. Wir begrüssen den Entscheid der SPK-N sehr, einen indirekten Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative zu verfassen.
	Wir können die Haltung des Bundesrats in dieser Frage nicht verstehen. Die breite Unterstützung der Pflege- Initiative durch unterschiedliche Vereine (Haus- und Kinderärzte, Chirurgen, Krebsliga Schweiz, Patientenschutz, PalliativeCH, Verbund der Ernährungsberater/innen, etc.) zeigt, wie wichtig eine grundsätzliche Änderung in der Gesetzgebung im Bereich der Pflege ist.
	Fragen zur Lebensgestaltung im Alter sind ein Schwerpunktthema der EVP. Heute muss das Ziel erfüllt werden: Eine qualitativ hochstehende Pflege, die für alle bezahlbar bleibt und die Patientensicherheit gewährleistet. Nachhaltige Investitionen in der Pflege sind nötig, um die Kostenexplosion nachhaltig zu dämpfen.
	Wir sind der Meinung, dass dafür keine Verfassungsänderung nötig ist und dass die Anliegen über den Gesetzesweg angegangen werden können. Darum nehmen wir zum Entwurf der SGK-N Stellung.
	Für die EVP Schweiz ist somit unumgänglich, dass der Beruf der diplomierten Pflegefachpersonen attraktiver gemacht wird. Wir unterstützen die Förderung von Ausbildungs- und Weiterbildungsbedingungen (Anzahl Ausbildungsplätze, bessere Entlöhnung während der Ausbildung, etc.) und eine Anerkennung der pflegerischen Leistungen durch die Sozialversicherungen.
	Wir unterstützen die unterschiedlichen durch die Kommission vorgeschlagenen Massnahmen (gesetzliche Verankerung von eigenverantwortlichen Handlungsbereichen, direkte Abrechnung zulasten der Sozialversicherungen, Ausbildungsverpflichtungen und grössere Verpflichtung der Kantone, Erhöhung der Anzahl Ausbildungsplätze, etc.)
EVP	Die EVP Schweiz sieht auch einen grossen Bedarf in der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, da sie erwiesenermassen einen direkten Einfluss auf die Qualität der Pflege haben. Dazu gehört zum Beispiel eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, angepasste Bedingungen für ältere Arbeitsnehmende, eine angemessene Entlöhnung, eine sichere Arbeitsumgebung, konstante und bedarfsgereichte Personalausstattung sowie Wertschätzung der Pflegefachpersonen. Diese Bedingungen sind aufzubessern, sodass einerseits der Beruf attraktiver wird und andererseits die durchschnittliche Berufsverweildauer von 17.5 Jahren zunehmen kann.
EVP	Bemerkung zum Punkt 2.1.5 des Berichts "Aufgaben des Pflegepersonals": Der EVP Schweiz mutet es komisch an, dass die Aufgaben des Pflegepersonals über Koordination, Planung und Erhebung beschrieben werden, die Pflegeleistungen - also ein grosser Teil der Arbeit - unerwähnt bleiben. Der direkte Patientenkontakt ist für die diplomierte Pflege wesentlich und sollte in den Aufgaben realitätskonform aufgezählt werden.

EVP

Wir unterstützen eine zeitliche Obergrenze für die finanziellen Beiträgen des Bundes. Vor Allem da die Finanzierung durch die Kantone zum Teil mangelhaft ist. Andererseits ist unseres Erachtens eine Obergrenze von acht Jahren willkürlich und nicht zielführend gewählt. Die EVP schlägt eine Anbindung an die Zielerreichung vor. Denkbar wäre zum Beispiel, dass der Bundesbeitrag gilt bis der Erfüllungsgrad der Abschlüsse in der Diplompflege und Betreuung und Pflege 85% erreicht. Denkbar wäre auch eine Verknüpfung mit dem Erreichen der erforderlichen Abschlüsse pro Jahr.

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs des neuen Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege und zu deren Erläuterungen

Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
EVP				Die EVP lehnt den Minderheitsantrag (Nichteintreten) entschieden ab.	
				Im Folgenden empfiehlt die EVP Schweiz der Mehrheit zu folgen, wenn nichts Anderes vermerkt ist.	
EVP	1			Die EVP empfiehlt eine Annahme des Mehrheitsantrages. Die Minderheiten I und II hätten zur Folge, dass es keinen konsequenten Anstieg der Ausbildungsplätze gäbe. Diese Massnahmen wären also nicht zielführend.	
EVP	4	1 & 2		Zum Teil sind die Ausbildungskonzepte schon heute in den Betrieben vorhanden, diese sollten aus Effizienzgedanken anerkannt werden.	
EVP	6			Die EVP empfiehlt eine Ablehnung des Minderheitsantrages: der Pflegenotstand ist so akut, dass Darlehen zu keinem konsequenten Anstieg der Fachkräfte führen würde.	
EVP	5 und 7			Die Bundesbeiträge sind maximal 50 % der Beiträge der Kantone. Die Kantone müssen nur mindestens die Hälfte der durchschnittlichen ungedeckten Ausbildungskosten abgelten. Dies führt zu einer Finanzierungslücke für die Ausbildungseinrichtungen. So wird ein negativer Anreiz für zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen. Dies ist unseres	

		Erachtens nicht zielführend. Die Aus- und Weiterbildungskosten sollen explizit als Teil der Pflegekosten anerkannt werden.	
EVP	7	Die EVP sieht in der vorliegenden Formulierung ein Risiko. Falls die Kantone zu wenig Massnahmen ergreifen, bleibt das Bundesgesetz wirkungslos. Die Formulierung, die bezweckt, dass Kantone Massnahmen ergreifen und Mittel sprechen sollen, müsste verbindlich und klar sein.	
EVP	12	Die EVP Schweiz findet die zeitliche Begrenzung von acht Jahen nicht zielführend, da davon auszugehen ist, dass der Fachkräftemangel innert acht Jahren nicht behoben werden kann. Es fragt sich auch ob es für Betriebe nachhaltig ist, ihre Ausbildungsleistungen auszubauen, wenn sie nach acht Jahren alle Kosten selber bezahlen müssen.	
		Allerdings ist sie mit der Minderheit Gysi auch nicht einig, dass das Gesetz unbefristet gelten soll. Die EVP schlägt eine Lösung vor, die die Geltungsdauer mit dem Erreichen (mind. 85%) der erforderlichen Abschlüssen verknüpft.	
EVP			
EVP			

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Änderungen anderer Erlasse: Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln der Strafprozessordnung, des Militärstrafprozesses, des Berufsbildungsgesetzes sowie des Gesundheitsberufegesetzes sowie zu den Erläuterungen

Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
EVP	10a & 30a			Gesundheitsberufsgesetz: Die EVP unterstützt den Schutz der Berufsbezeichnung vollumgänglich aus mehreren Gründen:	
				- die Qualitätsstandards werden hoch gehalten, dies wirkt sich auf die Patientensicherheit direkt aus	
				- das Vertrauen in die Fachpersonen kann gestärkt werden	
				- Es ist ein Zeichen der längst angebrachten Wertschätzung als eigenständiger Beruf und weg vom ehemals typisch weiblichen Hilfsberuf.	
				- Die internationale Vergleichbarkeit wird erhöht (z.B. OECD).	
				Aus diesen Gründen ist die Minderheit Aeschi abzulehnen.	
EVP					

Änderung anderer Erlasse: Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Krankenversicherungsgesetzes sowie zu den Erläuterungen

Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
EVP	25a	2		Die EVP empfiehlt die Annahme des Minderheitsantrages (Gysi,), der beantragt, "dass diese Leistungen im Spital von einem Arzt oder einer Ärztin oder einer Pflegefachperson angeordnert werden können". Auch in diesem Punkt soll der eigenverantwortliche Handlungsbereich des Pflegefachpersonals gestärkt werden aber auch der Koordinationsaufwand gesenkt werden, falls er unnötig ist. Die Pflegefachpersonen sollen in ihrem eigenständigen Bereich die Massnahmen anordnen können. Dies betrifft Massnahmen der Abklärung, der Beratung, der Koordination, und der Grundpflege.	
EVP	25a	2a		Die EVP Schweiz empfiehlt die Annahme des Minderheitsantrages, der die Durchführung von Pflegeleistungen im Rahmen einer stationären Behandlung durch Pflegefachpersonen explizit im KVG aufgeführt haben will.	
EVP	25a	3a		Der Wortlaut in 3a stellt die Pflegefachpersonen als Erbringer, der Arzt/die Ärztin als Anordner dar. Der Zweck dieser Gesetzesänderung zielt jedoch genau auf eine Richtigstellung dieser Beziehung hin, die Kompetenzordnung ist zu respektieren. Der Satz ist in dieser Richtung zu ändern.	
EVP	25a	3bis a		Die EVP empfiehlt der Minderheit (Moret,) zu folgen. Eine faire und angemessene Entlöhnung des Pflegepersonals ist prioritär, dazu gehören auch die Ausbildungs- und Weiterbildungskosten.	
EVP	38	2		Die EVP empfielt eine Annahme der Mehrheit und Ablehnung der Minderheit, welche als flankierende Massnahme die	

		Aufhebung der freien Pflegewahl fordert. Dies würde die Interessen der Patientinnen und Patienten stark verletzen.
EVP	39a	Für die EVP Schweiz ist eine Untergrenzung für die Besetzung der Einrichtungen mit qualifiziertem Pflegepersonal zur Qualitätssicherung sinnvoll. Bei der "nurse to patient ratio" (Minderheit Carobbio,) ist es wichtig, dass die Anzahl Fachpersonen und ihr Ausbildungsniveau in Zusammenhang stehen. Dabei ist klar, dass diese Korrelation einen direkten Einfluss auf die Pflegequalität und Patientensicherheit hat. Die Personaldotation ist dem unterschiedlichen Bedarf pro Pflegebereich anzupassen.
		Allerdings ist es wichtig diese Personalaustattungsvorgaben so zu gestalten, dass sie für die Arbeitgeber erreichbar sind. Dies sollte also erst mit einer zeitlichen Verzögerung anwendbar werden. Unter Umständen ist eine Verknüpfung mit einem 85 prozentigen Erfüllungsgrad der Abschlüsse in der Diplompflege oder aber ein Instrument des Monitorings ohne Strafanordnungen für die Betriebe denkbar. Es wäre jedenfalls begrüssenswert, die Machbarkeit einer Ratio und mögliche Folgen für die Schweiz zu erörtern.
EVP	39b	Die EVP Schweiz empfiehlt keine Einführung eines nationalen GAVs, weil er den kantonalen und regionalen Sozialpartnerschaften und Besonderheiten nicht gerecht wird.
EVP		
EVP		

Bemerkungen zum Bundesbeschluss über Finanzhilfen zur Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege und zu den Erläuterungen					
Name/Firma	Art.	Bemerkung/Anregung	Textvorschlag		
EVP					

Bemerkungen zum Bundesbeschluss über die Erhöhung der Ausbildungsabschlüsse in Pflege an den kantonaler Fachhochschulen und zu den Erläuterungen Name/Firma Art. Bemerkung/Anregung Textvorschlag EVP EVP

EVP

EVP

Bemerkungen zum Bundesbeschluss über Finanzhilfen zur Förderung der Effizienz in der medizinischen Grundversorgung, insbesondere der Interprofessionalität und zu den Erläuterungen Name/Firma Art. Bemerkung/Anregung Textvorschlag EVP EVP Textvorschlag

EVP

EVP

EVP

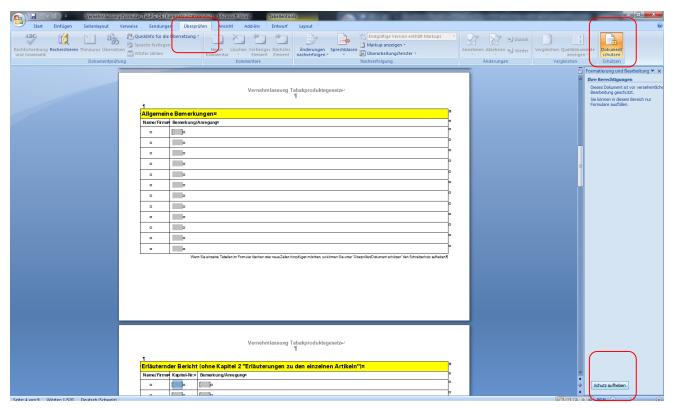
EVP

EVP

EVP

Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen:

- 1. Dokumentschutz aufheben
- 2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
- 3. Dokumentschutz wieder aktivieren
- 1 Dokumentschutz aufheben

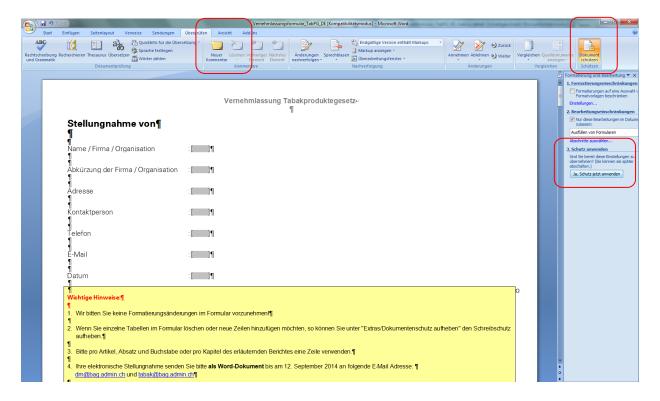


2 Zeilen einfügen

Ganze Zeile mit leeren grauen Feldern markieren (die Zeile wird blau hinterlegt) Control-C für Kopieren Control-V für Einfügen



3 Dokumentschutz wieder aktivieren





PLR.Les Libéraux-Radicaux Secrétariat général Neuengasse 20 Case postale CH-3001 Berne ↑ +41 (0)31 320 35 35 www.plr.ch info@plr.ch f /plr.lesliberauxradicaux @ PLR_Suisse

Commission de la sécurité sociale et de la santé publique CH-3003 Berne

Par e-mail: pflege@bag.admin.ch / gever@bag.admin.ch

Berne, 12.08.2019 / nb VL contre-projet soins

19.401 Initiative parlementaire. Pour un renforcement des soins infirmiers, une sécurité des patients accrue et une meilleure qualité des soins.

Prise de position du PLR.Les Libéraux-Radicaux

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de nous exprimer dans le cadre de la consultation de l'objet mentionné ci-dessus. Vous trouverez ci-dessous notre position.

PLR.Les Libéraux-Radicaux est favorable à un contre-projet à l'initiative sur les soins infirmiers. Des améliorations devront toutefois être apportées à ce projet de la commission de la sécurité sociale et de la santé publique.

Pour rappel, le groupe parlementaire libéral-radical avait soutenu, en 2016, l'initiative parlementaire Joder (11.418), qui prévoyait l'octroi de plus d'autonomie au personnel soignant. Malheureusement, une alliance contre-nature gauche-UDC avait alors enterré ce projet. Peu après, une initiative populaire était lancée. Si la gauche et l'UDC s'étaient en son temps montrées plus constructives, infirmières et infirmiers pourraient aujourd'hui déjà prescrire une part des prestations à la charge de l'assurance de base.

Si le PLR soutient un contre-projet, c'est qu'il estime qu'un besoin d'agir existe bel et bien, mais que les revendications de l'initiative populaire peuvent et doivent être adressées au niveau législatif. La création d'un article constitutionnel spécifique à la profession d'infirmier serait inopportune, ceci d'autant plus qu'il existe déjà un article concernant les soins médicaux de base (art. 117a). Le PLR est donc clairement favorable à des mesures visant à renforcer la formation des infirmiers et infirmières. La qualité des soins se verrait de cette manière améliorée, ce qui serait profitable pour l'ensemble du système de santé. Il n'est pas opposé au droit de prescrire certains soins à la charge de l'assurance de base. Toutefois des mesures d'accompagnement doivent être prévues, afin de s'assurer que les coûts ne prennent pas l'ascenseur. La solution la plus logique et simple serait de conditionner la prescription à la charge de l'assurance de base à la conclusion d'une convention avec un ou plusieurs assureurs. Les prestations concernées continueraient toutefois à pouvoir être facturées selon le modèle actuel, à savoir sur ordonnance médicale.

Enfin, le PLR estime que les différentes aides financières doivent être limitées dans le temps, comme le prévoient très justement les différents textes.

Loi fédérale relative à l'encouragement de la formation dans le domaine des soins infirmiers

Le PLR soutient l'entrée en matière, mais estime que plusieurs éléments doivent encore être corrigés :

A l'art. 1, il soutient la minorité II (Nantermod, etc.) pour les motifs suivants : s'il est légitime d'encourager les offres proposées par les structures de soins et les écoles, il est inopportun de prévoir



PLR I Liberali Radicali



un soutien aux personnes en formation au niveau fédéral. Il s'agit avant tout de respecter la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons. L'encouragement prévu dans la présente loi ne doit viser qu'à garantir un nombre suffisant de places de formation pratique en soins infirmiers ES et HES. Il n'y a pas de raison objective de soutenir les étudiants de ces filières plutôt que ceux des écoles polytechniques fédérales, par exemple. Le problème du financement de la formation se pose en effet dans toutes les filières.

L'art. 6 devrait être biffé (et l'art. 7 adapté en conséquence), si la minorité Nantermod l'emporte. Si tel ne devait pas être le cas, le PLR soutiendrait la minorité Moret à ce même art. 6 : les aides à la formation devraient aussi pouvoir prendre la forme de prêts. Le cercle des bénéficiaires pourrait de cette manière être élargi, ce qui serait bienvenu.

LAMal:

A l'art. 38, le PLR soutient la minorité Herzog : un mécanisme de contrôle doit être intégré à ce projet de loi, afin d'éviter que les coûts ne prennent l'ascenseur. Il est légitime de craindre que si les infirmiers peuvent désormais facturer des prestations directement à la charge de l'assurance-maladie, un risque de hausse des coûts existe. Conditionner la facturation de certaines prestations à la conclusion d'une convention avec un ou plusieurs assureurs semble donc raisonnable. La formulation de cet article devrait cependant être revue. Il devrait certes être possible de facturer certaines prestations de soins directement à la charge de l'assurance-maladie, moyennant la conclusion d'une convention avec un ou plusieurs assureurs. Ces mêmes prestations doivent toutefois toujours pouvoir être fournies selon le modèle actuel, à savoir sur ordonnance médicale.

L'art. 55, qui accorde aux cantons la possibilité d'introduire un moratoire des admissions à pratiquer à charge de l'AOS pour les infirmiers lorsque les coûts augmentent plus fortement que la moyenne suisse des coûts, n'est pas suffisant. Un mécanisme supplémentaire de contrôle est indispensable.

Par ailleurs, le PLR s'oppose à l'intégration des minorités suivantes dans le texte :

- > Art. 39a (Personnel infirmier nécessaire):
 - Le PLR s'oppose à l'introduction d'un système dirigiste de fixation du nombre d'infirmiers en fonction du nombre de patients par secteur de soins. Cette intervention génèrerait plus de bureaucratie, sans apporter de plus-value. Par ailleurs, il n'existe pas de rapport infirmière/infirmier-patients idéal fiable.
- Art. 39b (Obligation d'adhérer à une convention collective de travail): Une obligation d'adhérer à une convention collective de travail n'a pas sa place dans la LAMal. En outre, les conventions collectives de travail servent à protéger les bas salaires. Or, il manque de personnel qualifié dans le domaine des soins. Un risque de dumping salarial n'existe pas dans ces conditions

Arrêté fédéral sur les aides financières visant à encourager la formation dans le domaine des soins infirmiers

Comme aux articles 1, 6 et 7 de la Loi fédérale relative à l'encouragement de la formation dans le domaine des soins infirmiers, le PLR soutient la minorité II (Nantermod, etc.), qui serait sensiblement moins cher (100 mio. de francs) que la variante majoritaire. Les motifs ont été présentés dans le chapitre précédent.

Arrêté fédéral sur les aides financières visant à promouvoir l'efficience dans le domaine des soins médicaux de base, en particulier l'interprofessionnalité

Le PLR soutient la proposition d'approuver un crédit d'engagement de plus de 8 millions de francs pour promouvoir l'efficience dans le domaine des soins médicaux de base. De cette manière, les structures et processus doivent être améliorés de manière ciblée.

Arrêté fédéral visant à augmenter le nombre de diplômes en soins infirmiers décernés dans les hautes écoles spécialisées cantonales

Le PLR soutient les mesures proposées, qui devraient permettre d'augmenter le nombre de diplômes en soins infirmiers décernés dans les hautes écoles spécialisées cantonales.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à nos arguments, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de nos plus cordiales salutations.

PLR.Les Libéraux-Radicaux

La Présidente Le Secrétaire général

Petra Gössi Samuel Lanz

Conseillère nationale

Annexes

-



Grünliberale Partei Schweiz Monbijoustrasse 30, 3011 Bern

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates 3003 Bern

Per E-Mail an: pflege@bag.admin.ch und gever@bag.admin.ch

13. August 2019

Ihr Kontakt: Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: schweiz@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zu 19.401 Pa.lv. Für eine Stärkung der Pflege – für mehr Patientensicherheit und mehr Pflegequalität

Sehr geehrter Herr Präsident Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlage und den erläuternden Bericht zu 19.401 Pa.lv. Für eine Stärkung der Pflege – für mehr Patientensicherheit und mehr Pflegequalität.

Unsere Stellungnahme können Sie den ausgefüllten Fragebogen auf den folgenden Seiten entnehmen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Prüfung unserer Anmerkungen und Vorschläge.

Bei Fragen dazu stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unsere zuständigen Fraktionsmitglieder, Nationalrätin Kathrin Bertschy und Nationalrat Thomas Weibel, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Jürg Grossen Parteipräsident Ahmet Kut

Geschäftsführer der Bundeshausfraktion

Stellungnahme von

Name / Organisation / Firma : Grünliberale Partei Schweiz

Abkürzung der Organisation / Firma : glp

Adresse : Monbijoustrasse 30, 3011 Bern

Kontaktperson : Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion

Telefon : 079 560 56 63

E-Mail : ahmet.kut@parl.ch

Datum : 13. August 2019

Wichtige Hinweise:

- 1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
- 2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.
- 3. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
- 4. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **14. August 2019** an folgende E-Mail Adressen: <u>pflege@bag.admin.ch</u>
 Sowie an gever@bag.admin.ch
- 5. Spalte "Name/Firma" muss nicht ausgefüllt werden.

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege und zu erläuternden Bericht	_ _ 3
Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs des neuen Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege und zu deren Erläuterungen	_ 6
Änderungen anderer Erlasse: Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln der Strafprozessordnung, des Militärstrafprozesses, des Berufsbildungsgesetzes sowie des Gesundheitsberufegesetzes sowie zu den Erläuterungen	s _ 9
Änderung anderer Erlasse: Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Krankenversicherungsgesetzes sowie zu den Erläuterungen	12
Bemerkungen zum Bundesbeschluss über Finanzhilfen zur Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege und zu den Erläuterungen	16
Bemerkungen zum Bundesbeschluss über die Erhöhung der Ausbildungsabschlüsse in Pflege an den kantonalen Fachhochschulen und zu den Erläuterungen	17
Bemerkungen zum Bundesbeschluss über Finanzhilfen zur Förderung der Effizienz in der medizinischen Grundversorgung, insbesondere der Interprofessionalität und zu den Erläuterungen	18
Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen:	19

	Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege und zum erläuternden Bericht							
Name/Firma	Bemerkung/Anregung							
glp	Der Handlungsbedarf im Bereich der Pflege ist aus Sicht der Grünliberalen gegeben: Die steigende Lebenserwartung und der zunehmende Anteil älterer Menschen in der Bevölkerungen führen zu einem stetig wachsenden Pflegebedarf. So wird geschätzt, dass die Zahl der 80-jährigen und älteren Pflegedürftigen von 95'500 Personen im Jahr 2019 auf 145'600 im Jahr 2030 steigen wird. Das führt in den kommenden Jahren zu einem steigenden Personalbedarf (gemäss erläuterndem Bericht, Ziff. 2.2.1: bis 2025 zusätzlich 27'703 Personen gegenüber dem Jahr 2017). Der grösste Bedarf an zusätzlichen Personen besteht dabei in der Langzeitpflege. Die Zahl der Bildungsabschlüsse kann mit dieser Entwicklung nur ungenügend mithalten (Beipiel: der Erfüllungsgrad des jährlichen Nachwuchsbedarfs betrug 2017 bei der Diplompflege nur 44,4 Prozent; erläuternder Bericht, Ziff. 2.2.2).							
glp	Eine gute Pflege ist für die Grünliberalen zentral. Es geht um eine Tätigkeit mit hoher Verantwortung in einem sicherheitsrelevanten Bereich, auf welche alle Menschen im Laufe ihres Lebens irgendwann angewiesen sind. Es braucht daher eine umsichtige Planung. Aufgrund der genannten Zahlen ist absehbar, dass die Versorgungssicherheit nicht mehr gewährleistet ist. Ein Eingreifen des Bundes ist vor diesem Hintergrund gerechtfertigt.							
	Die Grünliberalen begrüssen daher, dass die Ausbildung im Bereich der Pflege für die Dauer von acht Jahren mit maximal 469 Mio. Franken unterstützt werden soll. Dabei geht es zum einen um Beiträge an die Kosten der praktischen Ausbildung von Pflegefachpersonen, welche den Akteuren (Spitäler, Pflegeheime etc.) entstehen, zum anderen um Ausbildungsbeiträge zur Sicherung des Lebensunterhalts während der Ausbildungszeit (Bildungsgang Pflege HF und Studiengang Pflege FH). Der vergleichsweise tiefe Ausbildungslohn (ca. Fr. 1'100 pro Monat ohne 13. Monatslohn; zum Vergleich: eine Fachfrau/-mann Gesundheit verdient nach Lehrabschluss durchschnittlich Fr. 4'790; erläuternder Bericht, Fn. 21) dürfte zur tiefen Zahl der Bildungsabschlüsse in diesem Bereich beitragen und Quereinsteigende abschrecken, die ein wichtiges Rekrutierungspotential darstellen.							
	Die Grünliberalen weisen darauf hin, dass die finanzielle Unterstützung durch den Bund eine Ausnahme darstellt, die durch die besonderen							

Umstände (stark steigender Personalbedarf, ungenügende Anzahlung Bildungsabschlüsse) gerechtigt ist. Als Grundsatz gilt weiterhin, dass die Ausbildung in diesem Bereich Sache der Kantone und der Branche ist. Es ist daher nachvollziehbar, dass die Förderung der Ausbildung auf acht

Jahre befristet wird. Ebenso ist zu begrüssen, dass der Bundesrat eine Evaluation der Auswirkungen des Gesetzes durchführen und dem Parlament spätestens sechs Jahre nach Inkrafftreten des Gesetzes Bericht erstatten soll; Entsprechendes gilt für die Änderungen des

Krankenversicherungsgesetzes (KVG), die spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten evaluiert werden sollen.

glp

Der Vorentwurf sieht vor, dass Pflegefachpersonen künftig bestimmte Pflegeleistungen ohne Anordnung oder Auftrag eines Arztes oder einer Ärztin zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) erbringen dürfen. Dies entspricht einer der Kernforderungen der Volksinitiative "Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)". Dadurch soll das eigenverantwortliche und kompetenzgemässe Handeln der Pflegefachpersonen gestärkt werden. Es dürfte ein wichtiges Element sein, um die Initiantinnen und Initianten zum Rückzug der Pflegeinitiative zu bewegen.

Die Grünliberalen sehen aber auch das Risiko der Mengenausweitung (vgl. die Kostenentwicklungen nach Einführung des KVG mit Einführung von selbständigen Leistungserbringergruppen), die eine Folge dieser Änderung sein könnte. Die Grünliberalen lehnen jede Mengenausweitung ab, die nicht aufgrund der Pflegebedürfnisse ausgewiesen ist, sondern nur aus der neuen Zuständigkeitsordnung (Leistungserbringer, die sich selbst Aufträge erteilen) resultiert. Im erläuternden Bericht werden die Mehrkosten für die OKP auf insgesamt 55-140 Millionen Franken pro Jahr geschätzt (30 Mio. im Bereich der Pflegeheime und 25-110 Mio. für die Spitex; siehe erläuternder Bericht, Ziff. 6.1). Ob sich diese Schätzung als zutreffend herausstellen wird, ist ungewiss. Mehrkosten wären in Zeiten steigender Gesundheitskosten eine Entwicklung in die falsche Richtung und das völlig falsche Signal. Es braucht daher Massnahmen, um dem entgegenzuwirken.

Um das zu gewährleisten, wäre eine Lockerung des Vertragszwanges ein erster Schritt, um den Wettbewerb um die besten und qualitativ hochwertigsten Leistungsanbieter zu fördern und um zu verhindern, dass ungerechtfertigte Mengenausweitungen erfolgen. Die Lockerung könnte sich dabei auf die Pflegeleistungen beschränken, die eine Pflegefachperson künftig ohne Anordnung oder Auftrag eines Arztes oder einer Ärztin zulasten der OKP erbringen könnte. Der Bundesrat soll dazu die Einzelheiten regeln, bspw. einen Mindestprozentsatz an Vertragsabschlüssen (siehe dazu nachstehend bei Art. 38 Abs. 1bis VE-KVG).

Der Bundesrat ist zudem aufgefordert die Pflegeleistungen, die eine Pflegefachperson ohne Anordnung oder Auftrag eines Arztes oder einer Ärztin zulasten der OKP erbringen können, klar und eindeutig zu regeln (vgl. Art 25a Abs. 3 VE-KVG). Die Krankenversicherungerer müssen - wie auch sonst in der OKP - ihre Kontrollfunktion wahrnehmen und die Wirtschaftlichkeit der Leistungen prüfen. Zu begrüssen ist die im Vorentwurf enthaltende Bestimmung, wonach die Kantone bei einem starken Kostenanstieg die Zulassung neuer Leistungserbringer im Bereich der Pflege beschränken können (Art. 55b VE-KVG). Schliesslich ist auch die bereits erwähnte Evalution der Änderungen des KVG zu nennen, die spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten eine Analyse der Auswirkungen erlauben wird und damit die Gelegenheit bietet, bei Fehlentwicklungen Gegenmassnahmen zu ergreifen.

Unsicher ist, ob die Neuregelung zu einer Entlastung der Ärzteschaft führen wird (keine ärztliche Anordnung mehr erforderlich). Zwar dürfte die Anordnung heute in vielen Fällen eine blosse Formalie darstellen, sodass ihr Wegfall kostendämpfend wirken sollte. Andererseits wird aus Qualitätsgründen weiterhin eine Berichterstattung durch die Pflegefachperson an die Ärztin oder den Arzt und eine Koordinierung der pflegerischen mit den ärztlichen Leistungen notwendig sein, was einen Aufwand bedeutet.

glp	Die Grünliberalen fordern die Initiantinnen und Initianten auf, die Volksinitiative "Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)" zurückzuziehen, wenn der indirekte Gegenvorschlag vom Parlament im Wesentlichen in der vorliegenden Form beschlossen werden sollte.
glp	Abschliessend möchten die Grünliberalen die Bedeutung der Prävention betonen. Die beste Kostendämpfungsmassnahme ist ein gesunder Lebenswandel, der zu einer möglichst späten bzw. geringen Pflegebedürftigkeit führt (oder im Idealfall diese sogar ganz entfallen lässt). Die Prävention soll als Grundsatz beim Individuum im Sinne der Eigenverantwortung ansetzen. Prävention kann aber auch Anreize und Massnahmen des Staates bedeuten, sofern eine Investition in Präventionsmassnahmem dabei helfen kann, spätere - höhere - Folgekosten zu vermeiden. Das ist freilich nicht mit paternalistischen Einmischungen des Staates in die individuelle Lebensgestaltung zu verwechseln, welche die Grünliberalen ablehnen.
glp	
glp	

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs des neuen Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege und zu deren Erläuterungen

Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
glp	1			Die Minderheit I de Courten will die Ausbildungsbeiträge nach Art. 6 des Gesetzes auf Personen beschränken, die Betreuungs- und Unterhaltspflichten haben. Die Grünliberalen haben zwar ein gewisses Verständnis dafür, den Kreis der Anspruchsberechtigten stärker nach den effektiven Bedürfnissen auszurichten, doch geben sie dem Erreichen der Ziele dieser Vorlage den Vorrang und lehnen daher die Minderheit I ab. Das betrifft auch Art. 6 des Bundesgesetzes sowie den Bundesbeschluss über den Verpflichtungskredit.	
glp	1			Die Minderheit II Nantermod möchte die Ausbildungsbeiträge ganz streichen und geht damit noch weiter als die Minderheit I de Courten. Die Grünliberalen lehnen das ab (zur Begründung siehe vorstehend). Das betrifft auch Art. 6 und 7 des Bundesgesetzes sowie den Bundesbeschluss über den Verpflichtungskredit.	
glp	7	3		Die Minderheit Gysi möchten die Regelung streichen, dass der Bundesrat auch abgestufte Beiträge an die Kantone vorsehen kann und dass die Abstufung dabei nach der zweckmässigen Ausgestaltung der kantonalen Massnahmen erfolgen soll. Diese Verordnungskompetenz des Bundesrates ist sachgerecht und ermöglicht es, die Anreize richtig zu setzen. Die Grünliberalen lehnen die Minderheit Gysi daher ab.	

glp	12	4 und 5	Die Minderheit Gysi möchte, dass das Gesetz unbefristet gilt und nicht auf acht Jahre befristet wird. Aus Sicht der Grünliberalen ist das nicht erforderlich. Es genügt, dass der Bundesrat das Gesetz evaluiert und dem Parlament vor Ablauf der Geltungsdauer des Gesetzes darüber berichtet (spätestens sechs Jahre nach Inkrafttreten). Das Parlament hat es so in der Hand, bei fortbestehendem Handlungsbedarf rechtzeitig zu reagieren.	
glp				

glp		
glp		

Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/ Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Änderungen anderer Erlasse: Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln der Strafprozessordnung, des Militärstrafprozesses, des Berufsbildungsgesetzes sowie des Gesundheitsberufegesetzes sowie zu den Erläuterungen

Lindatoral	induterungen								
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)				
glp	10a und 30a GesBG			Der Vorentwurf sieht vor, dass verschiedene Berufsbezeichnungen, die im Gesundheitsberufegesetz (GesBG) geregelt sind, geschützt werden, so beispielsweise Pflegefachfrau/-mann FH oder Ergotherapeut/-in FH. Wer eine geschützte Berufsbezeichnung unrechtmässig verwendet, macht sich künftig strafbar (Busse bis max. 10'000 Franken). Dieser Schutz ist gerechtfertigt und wird von den Grünliberalen begrüsst. Die Minderheit Aeschi, welche diese Bestimmungen streichen will, wird abgelehnt.					
glp									
glp									
glp									
glp									
glp									
glp									
glp									
glp									
glp									

glp		
glp		

glp			
glp			

Änderung anderer Erlasse: Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Krankenversicherungsgesetzes sowie zu den Erläuterungen

	ı	I			
Name/Firma	Art.	Abs.	Bst.	Bemerkung/Anregung	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
glp	25	2	а	Die Minderheit Ammann möchte die Durchführung von Pflegeleistungen im Rahmen einer stationären Behandlung durch Pflegefachpersonen ausdrücklich im KVG erwähnen. Die Grünliberalen lehnen diese unnötige Ergänzung ab.	
glp	25a	2		Der Entwurf der Kommisisonsmehrheit sieht vor, dass Leistungen der Akut- und Übergangspflege, welche sich im Anschluss an einen Spitalaufenthalt als notwendig erweisen, künftig nicht von einer Ärztin oder einem Arzt alleine angeordnet werden können, sondern gemeinsam mit einer Pflegefachperson. Die Minderheit Gysi möchte weiter gehen und sieht vor, dass die Anordnung entweder von einer Ärztin oder einem Arzt oder von einer Pflegefachperson angeordnet werden kann. Die Grünliberalen lehnen die Minderheit Gysi ab, da es so zu widersprüchlichen Anordnungen kommen kann.	
glp	25a	3bis a		Die Minderheit Moret verlangt, dass die anrechenbaren Pflegekosten eine angemessene Abgeltung des Pflegepersonals, einschliesslich des Personals in Ausbildung, ermöglichen soll. Die Grünliberalen lehnen diese Regelung ab. Sie läuft auf eine indirekte Einführung eines Mindestlohnes ab, die nicht ins KVG gehört und generell dem liberalen Schweizer Arbeitsrecht widerspricht.	
glp	38	1bis		Die Minderheit Herzog will die Zulassung der Pflegefachpersonen zur selbständigen Verrechnung von Leistungen zulasten der OKP davon abhängig machen, dass ein	

		Zulassungsvertrag mit einem oder mehreren Versicherern besteht. Die Minderheit Herzog geht aus Sicht der Grünliberalen zu weit. Die Grünliberalen würden aber eine Lockerung des Kontrahierungszwangs unterstützen, soweit es um Pflegeleistungen geht, welche die Pflegefachpersonen künftig ohne Anordnung oder Auftrag einer Ärztin oder eines Arztes zulasten der OKP erbringen würden. Das würde den Wettbewerb und die Qualitätsanstrengungen fördern und den Versicherungen eine Handhabe geben, um unterdurchschnittliche Leistungserbringer ausschliessen zu können.	
glp		Die Minderheit Carobbio Guscetti möchte, dass Spitäler und andere Einrichtungen sicherstellen, dass eine Mindestzahl an Pflegefachpersonen pro Patientin oder Patient zur Verfügung stellt ("nurse to patient ratio"). Die Grünliberalen sehen keinen Anlass, derart in die Organisationsautonomie der Einrichtungen einzugreifen und lehnen die Minderheit Carobbio Guscetti ab. Entscheidend ist, dass die Qualität der Leistungen vorgegeben wird. Wie bzw. mit welchen Mitteln diese erreicht wird, ist Sache der Leistungserbringer. Entsprechendes gilt für den Minderheitsantrag Carobbio Guscetti zu Art. 39 Abs. 1 Bst. b.	
glp	39b	Die Minderheit Gysi verlangt die Einführung einer Pflicht zum Anschluss an einen repräsentativen Gesamtarbeitsvertrag für das Pflegepersonal. Alternativ sind dem Personal Arbeitsbedingungen anzubieten, die insbesondere hinsichtlich Arbeitszeit, Entlöhnung und Sozialleistungen dem Gesamtarbeitsvertrag der Branche entspechen. Die Grünliberalen lehnen diesen Eingriff in den liberalen Schweizer Arbeitsmarkt ab. Er ist in der OKP überdies sachfremd.	

glp			
glp			

glp			
glp			

Bemerkungen zum Bundesbeschluss über Finanzhilfen zur Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege und zu den Erläuterungen

Name/Firma	Art.	Bemerkung/Anregung	Textvorschlag				
glp		Siehe die vorstehenden Bemerkungen zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildug im Bereich der Pflege					
glp							
glp							
glp							
glp							
glp							
glp							
glp							

Bemerkungen zum Bundesbeschluss über die Erhöhung der Ausbildungsabschlüsse in Pflege an den kantonalen Fachhochschulen und zu den Erläuterungen

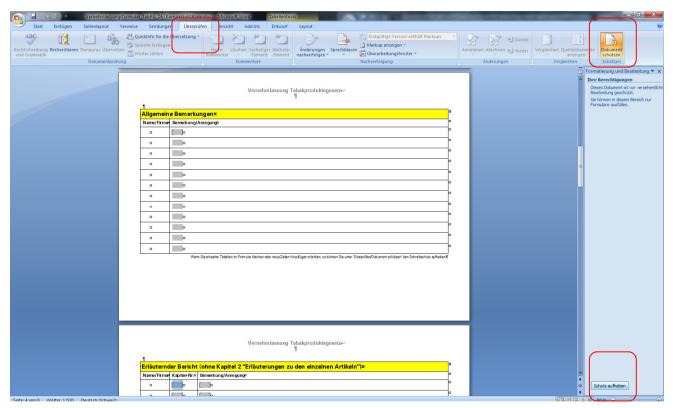
Name/Firma	Art.	Bemerkung/Anregung	Textvorschlag
glp		Die Grünliberalen begrüssen, dass der Bund zusammen mit den Kantonen Massnahmen prüfen soll, die bis Ende 2028 zu einer bedarfsgerechten Erhöhung der Ausbildungabschlüsse an den kantonalen Fachhochschulen führen.	
		Das Parlament wird gegebenenfalls im Rahmen der BFI-Botschaften 2021-2024 und 2025-2028 über den notwendigen Zusatzkredit beschliessen können. Im Bundesbeschluss ist als Eckwert ein plafonderhöhendes Finanzvolumen von maximal 25 Mio. Franken festgelegt. Die Kantone und Hochschulen sollen dabei Eigenleistungen im Umfang von 50 Prozent erbringen.	
glp			

Bemerkungen zum Bundesbeschluss über Finanzhilfen zur Förderung der Effizienz in der medizinischen Grundversorgung, insbesondere der Interprofessionalität und zu den Erläuterungen

Name/Firma	Art.	Bemerkung/Anregung	Textvorschlag
glp		Die Grünliberalen sind mit dem Verpflichtungskredit in Höhe von 8 Mio. Franken einverstanden, der auf vier Jahre befristet ist und für Massnahmen vorgesehen ist, die geeignet sind, die Effizienz der medizinischen Grundversorgung zu verbessern. Im Vordergrund soll dabei die Verbesserung der interprofessionellen Zusammenarbeit stehen.	
glp			

Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen:

- 1. Dokumentschutz aufheben
- 2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
- 3. Dokumentschutz wieder aktivieren
- 1 Dokumentschutz aufheben

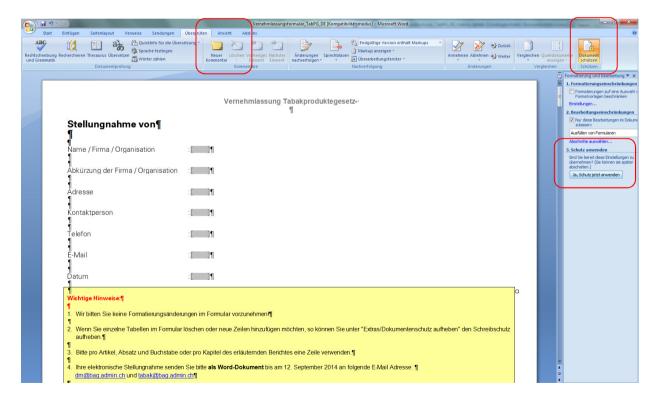


2 Zeilen einfügen

Ganze Zeile mit leeren grauen Feldern markieren (die Zeile wird blau hinterlegt) Control-C für Kopieren Control-V für Einfügen



3 Dokumentschutz wieder aktivieren





Commission de la sécurité sociale et de la santé publique CH-3003 Berne

Envoi par courriel : pflege@bag.admin.ch et gever@bag.admin.ch

Berne, le 12 août 2019

19.401 Initiative parlementaire. Pour un renforcement des soins infirmiers, une sécurité des patients accrue et une meilleure qualité des soins Procédure de consultation

Monsieur le Président de la commission, Madame, Monsieur,

Nous vous remercions d'avoir sollicité notre prise de position concernant le contre-projet indirect à l'initiative populaire pour des soins infirmiers forts et de nous avoir transmis les documents y afférents.

A l'heure actuelle et ces prochaines années, la Suisse fera face à des défis importants dans le domaine des soins infirmiers. Le vieillissement démographique va considérablement accroître la demande de soins et la pénurie de personnel qualifié frappant la branche ne fait qu'accentuer la problématique. A en croire les médias, le secteur affiche actuellement le plus grand nombre de places vacantes¹. Si le recrutement d'infirmières et d'infirmiers titulaires d'un diplôme étranger vient partiellement combler les besoins, la Suisse devrait également prendre ses responsabilités afin de ne pas favoriser la fuite des cerveaux dans d'autres pays. En outre, les tâches attribuées aux infirmières et infirmiers se sont complexifiées et les exigences en matière de coordination des soins se sont renforcées si bien qu'une adaptation des conditions cadres est inévitable. Par ailleurs, l'environnement de travail extrêmement difficile dans lequel le personnel soignant évolue rend des mesures inexorables pour freiner les sorties du métier, lesquelles interviennent très rapidement.

L'initiative populaire « Pour des soins infirmiers forts » a été lancée par l'Association suisse des infirmières et des infirmiers (ASI) en réponse à ces sérieux défis. Le Parti socialiste suisse (PS) l'a soutenue d'entrée et il se réjouit de la volonté

Parti socialiste Suisse

Theaterplatz 4
Case postale · 3011 Berne

Téléphone 031 329 69 69 Téléfax 031 329 69 70

info@pssuisse.ch www.pssuisse.ch

¹ Cf. https://www.blick.ch/news/wirtschaft/schreiner-sanitaere-und-elektroinstallateure-verzweifelt-gesucht-in-der-schweiz-fehlen-42778-handwerker-id15399544.html (consultation le 30.07.2019)

PS

de la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national (CSSS-N) d'aller de l'avant en lui soumettant un contre-projet. L'initiative populaire a récolté près de 115 000 signatures en moins d'une année, fait qui témoigne du large soutien populaire dont elle jouit. Cela aurait dû constituer un signal à l'endroit du Conseil fédéral, qui aurait pu endosser ses responsabilités et répondre aux préoccupations soulevées par les initiant-e-s. En refusant de soumettre un contre-projet ou des mesures dignes du large soutien accordé à l'initiative par un bon nombre de citoyennes et de citoyens, le Conseil fédéral méprise rudement les revendications formulées. Le PS déplore fermement cette attitude. A ses yeux, le contre-projet indirect proposé par la CSSS-N est d'autant plus louable qu'il poursuit des objectifs plus larges que l'initiative parlementaire 11.418, sur laquelle le Parlement avait décidé de ne pas entrer en matière en 2016.

Le PS tient à honorer le sérieux avec lequel la CSSS-N a abordé la question dans le cadre de cet avant-projet. Rappelons que l'initiative populaire réclame des mesures dans les guatre domaines suivants :

- 1. Formation d'un nombre suffisant d'infirmières et d'infirmiers.
- 2. Reconnaissance juridique des compétences des infirmières et des infirmiers au niveau des assurances sociales.
- 3. Amélioration des conditions de travail de tout le personnel soignant.
- 4. Rémunération appropriée des prestations de soins.

L'avant-projet ne propose certes pas de solutions dans tous les domaines d'action, mais il représente un pas important dans la bonne direction. Dans ce sens, le PS lui manifeste un soutien sans réserve et rejette la proposition irresponsable de la minorité Herzog de ne pas entrer en matière sur le contre-projet. Toutefois, nous demandons que des mesures tangibles soient également prises au niveau des domaines 3 et 4. Ce n'est qu'en incluant l'ensemble des mesures exigées que la Suisse pourra affronter les problèmes de pénurie de personnel, ce qui, en définitive, renforcera et améliorera la qualité des soins et la sécurité des patiente-s. De fait, les quatre domaines mentionnés sont interconnectés. Sans y accorder une attention suffisante, les objectifs poursuivis par le contre-projet ne pourront pas être pleinement remplis.

S'agissant des modifications de la loi fédérale sur l'assurance-maladie, les dispositions proposées sont, de l'avis du PS, tout à fait pertinentes. Elles auront pour effet de revaloriser le statut professionnel des infirmières et des infirmiers et de reconnaître leurs compétences. Désormais, elles/ils auront la possibilité de four-nir certaines prestations désignées par le Conseil fédéral à titre indépendant et sans prescription médicale. Les infirmières et infirmiers pourront, notamment, fournir les soins de base sans prescription d'un médecin, tandis que les examens et les traitements continueront de la nécessiter. Dans les faits, il est question de légaliser une pratique qui existe depuis longtemps, à savoir la délimitation actuelle des compétences entre médecins et personnel infirmier. Aujourd'hui déjà, de nombreuses prestations sont fournies avant même que la prescription médicale n'ait été émise. Comme une évaluation des besoins de soins est toujours exécutée, le changement de paradigme sur le plan purement légal ne devrait pas entraîner de coûts supplémentaires. *A contrario*, elle réduira la charge administrative supportée par les médecins.

PS

Le volet « formation » est également accueilli favorablement par le PS. Il est incontestablement urgent d'augmenter le nombre de titres décernés, notamment dans le domaine des soins infirmiers du degré tertiaire. En 2017, 2'700 titres y ont pu être délivrés, ce qui ne couvrait que 44,4 % des besoins. En vue de remédier de manière tangible à cette situation dramatique, l'avant-projet prévoit un financement total correspondant à environ 500 millions de francs sur une période de huit ans. Même si le PS doute que la durée de validité du contre-projet soit suffisante, il tient néanmoins à saluer l'effort consenti. Cet élément positif du contre-projet est absolument nécessaire afin de lutter un peu plus efficacement contre la pénurie de personnel soignant. Concernant le financement des coûts des places de formation, il nous semble indispensable que celui-ci soit au mieux possible public afin de prévenir une charge supplémentaire au niveau des primes de l'assurance-maladie. Les subventions publiques devraient être telles que les institutions auraient un incitatif pour offrir un nombre convenable de places de formation.

Pour conclure ces remarques générales introductives, le PS insiste sur le besoin de prendre des mesures, dans le cadre de ce contre-projet, en vue d'améliorer les conditions de travail du personnel soignant. L'augmentation du nombre de diplômes constitue une condition nécessaire, mais non suffisante pour remédier à la pénurie de personnel soignant. Il s'agit avant tout de prévenir les sorties du métier dues au cadre pénible dans lequel le personnel soignant exerce son activité. Aussi le PS milite-t-il en faveur de l'instauration d'une convention collective de travail valable sur le plan national ou encore de l'introduction d'un ratio d'infirmière ou infirmier par patient-e.

Vous trouverez nos remarques détaillées dans le formulaire prévu à cet effet.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à ces quelques lignes, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Président de la commission, Madame, Monsieur, l'assurance de notre haute considération.

Parti socialiste suisse

Christian Levrat Président

Juni

Jacques Tissot Secrétaire politique

Avis donné par

Nom / société / organisation : Parti socialiste suisse

Abréviation de la société / de l'organisation : PS

Adresse : Theaterplatz 4, 3011 Berne

Personne de référence : Jacques Tissot

Téléphone : +41 31 329 69 62

Courriel : jacques.tissot@pssuisse.ch

Date : 12.08.2019

Remarques importantes:

- 1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage de ce formulaire et de ne remplir que les champs en gris.
- 2. Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision/Protéger un document/Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.
- 3. Utilisez une ligne par article, alinéa et lettre ou par chapitre du rapport explicatif.
- 4. Veuillez faire parvenir votre avis au format Word d'ici au 14 août 2019 aux adresses suivantes : pflege@bag.admin.ch et gever@bag.admin.ch.
- 5. Le champ « nom/société » n'est pas obligatoire.

Nous vous remercions de votre collaboration.

Table des matières

Commentaires généraux sur le projet de loi fédérale relative à l'encouragement de la formation dans le domaine des soins infirmiers et sur le rapport explicatif
Commentaires concernant les articles du projet de loi fédérale relative à l'encouragement de la formation dans le domaine des soins infirmiers et leurs explications
Modification d'autres actes : remarques concernant les articles du code de procédure pénale, du code de procédure militaire, de la loi fédérale sur la formation professionnelle et de la loi fédérale sur les professions de la santé ainsi que sur leurs explications
Modification d'autres actes : remarques concernant les articles de la loi sur l'assurance-maladie et leurs explications 10
Remarques concernant l'arrêté fédéral sur les aides financières visant à encourager la formation dans le domaine des soins infirmiers et ses explications14
Remarques concernant l'arrêté fédéral visant à augmenter le nombre de diplômes en soins infirmiers décernés dans les hautes écoles spécialisées cantonales et ses explications
Remarques concernant l'arrêté fédéral sur les aides financières visant à promouvoir l'efficience dans le domaine des soins médicaux de base, en particulier l'interprofessionnalité, et ses explications 16
Annexe: Guide pour insérer de nouvelles lignes Erreur ! Signet non défini

	Commentaires généraux sur le projet de loi fédérale relative à l'encouragement de la formation dans le domaine des soins infirmiers et sur le rapport explicatif							
Nom/société	Commentaire / observation							
PS	Cf. notre lettre accompagnant le questionnaire.							

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Commentaires concernant les articles du projet de loi fédérale relative à l'encouragement de la formation dans le domaine des soins infirmiers et leurs explications

Nom/société	art.	al.	let.	Commentaire / observation	Proposition de modification (texte)
PS	1	2	a-c	Le projet vise à encourager la formation dans le domaine des soins infirmiers et à augmenter ainsi le nombre de diplômes délivrés par les ES et les HES. L'accent mis sur ces filières est justifié car la pénurie la plus aiguë s'y dessine : en 2017 seuls 2'700 diplômes y ont été décernés alors qu'il en faudrait 6'075 afin de couvrir les besoins. L'alinéa prévoit tout d'abord des contributions des cantons aux frais de formation pratique dans le domaine des soins infirmiers. Ensuite, les cantons devraient être tenus d'octroyer des aides à la formation pour attirer davantage d'étudiant-e-s vers ces filières de formation. Cela doit notamment faciliter l'accès à des personnes qui souhaiteraient se réorienter professionnellement. La Confédération devra soutenir les cantons financièrement. Le PS manifeste son vif soutien à ces dispositions.	
				Nous rejetons fermement la minorité I de Courten, qui souhaite limiter l'octroi des aides financières aux personnes ayant des obligations d'assistance et d'entretien. Cela restreindrait trop fortement le champ des potentiel-le-s bénéficiaires. Dans d'autres branches, cette condition n'est pas pertinente. C'est avant tout le besoin en qualifications qui prime. Nous rejetons également la minorité II Nantermod, qui supprime le principe des aides financières. Sans ces dernières, l'objectif de la loi ne pourra pas être atteint.	

PS		1.0	Light Cubula lagaridas à la formation actuará a mantas actuar
	6	1-2	L'art. 6 règle les aides à la formation octroyées par les cantons pour faciliter l'accès aux filières de formation en soins infirmiers ES ou d'études en soins infirmiers HES. Il s'agit en particulier d'apporter un soutien aux personnes qui, sans ces aides, pourraient être dissuadées d'accomplir l'une ou l'autre filière en
			raison du faible salaire (800 à 1'500 francs). Ces aides devraient permettre aux étudiant-e-s de couvrir leurs besoins. Le PS soutient ces dispositions avec fermeté.
			En revanche, l'al. 2 prévoit que les cantons fixent les autres conditions, l'étendue des aides à la formation et la procédure relative à leur octroi. Ils seront libres de définir les conditions justifiant l'octroi de ces aides et peuvent décider du montant nécessaire pour assurer les moyens de subsistance. Pour des raisons d'égalité de traitement et de promotion de la mobilité, le PS estime qu'il n'est pas opportun de créer 26 réglementations différentes sur le droit aux aides à la formation. Nous jugeons que la Confédération devrait édicter des prescriptions minimales quant aux conditions, à l'étendue des aides et à la procédure d'octroi. Les aides à la formation sont une condition nécessaire, mais non suffisante, pour remédier à la pénurie de personnel soignant.
			C'est dans cet esprit que nous rejetons toutes les minorités. La minorité Moret propose notamment de donner aux cantons la possibilité d'accorder ces aides financières sous forme de prêts. Or, dans la pratique, cet instrument ne s'est pas avéré efficace. Comme exposé ci-dessus, les minorités I de Courten et II Nantermod ne permettraient pas à la loi de remplir ses objectifs.
PS	7	1	Le PS approuve cette disposition, qui correspond à la pratique ordinaire en matière d'élaboration des budgets. Par contre, nous attendons du Parlement qu'il donne les ressources financières à la Confédération pour qu'elle puisse allouer aux cantons des contributions annuelles correspondant à la limite des crédits

			approuvés.	
PS	7	2	Le PS estime que la formulation peut prêter à confusion. Il faut que les cantons et la Confédération assument chacun-e la moitié des moyens financiers mis à disposition. Ainsi formulé, les cantons pourraient se voir contraints de prendre en charge deux tiers des coûts, tandis que la Confédération ne financerait plus que le tiers restant.	
PS	7	3	En vertu de l'al. 3, la Confédération peut prévoir un échelonnement des contributions fédérales en tenant compte de l'adéquation des mesures cantonales. Ainsi, il serait possible que les cantons qui investissent davantage de moyens soient « récompensés » de leurs efforts en leur octroyant des contributions fédérales plus élevées. A notre sens, l'« adéquation des mesures cantonales » ne peut pas être objectivée. C'est pourquoi le PS soutient la minorité Gysi et propose de biffer les deux dernières phrases.	Le Conseil fédéral règle le calcul des contributions fédérales. Des contributions échelonnées peuvent être prévues. L'échelonnement tient compte de l'adéquation des mesures cantonales.
PS	12	4 et 5	Selon l'al. 4, la durée de validité de la loi est limitée à huit ans. L'on part du principe qu'au terme de cette période, les cantons et les acteurs/trices de la formation pratique des infirmières et infirmiers auront mis en place les mesures nécessaires pour augmenter le nombre de titres décernés. Il est illusoire de penser que la problématique de la pénurie de personnel qualifié sera résolue en huit ans. Il faudra plusieurs années jusqu'à ce que les mesures prises déploient leurs effets, que les formations soient achevées et qu'un nombre suffisant de main-d'œuvre soit disponible sur le marché du travail. L'on peut légitimement se demander si les institutions de formation et les écoles d'infirmières et d'infirmiers seront intéressées à investir dans davantage de places de formation sachant qu'elles devront en supporter les coûts après huit ans. De surcroît, les projections du rapport de	

	2016 font état d'une croissance continue des besoins en soins bien au-delà de cette période. Le PS apporte son soutien ferme à la minorité Gysi.	
	,	

Pour effacer des tableaux ou insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Protéger un document / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Modification d'autres actes : remarques concernant les articles du code de procédure pénale, du code de procédure militaire, de la loi fédérale sur la formation professionnelle et de la loi fédérale sur les professions de la santé ainsi que sur leurs explications

Nom/société	art.	al.	let.	Commentaire / observation	Proposition de modification (texte)
PS	171 et 75	1	b	La mention des infirmières et des infirmiers ainsi que des autres professions de la santé vise à libérer ces professions de leur image d'auxiliaires des médecins. Cela a longtemps fait figure de pierre d'achoppement pour ces professions et découle d'une vision archaïque les dévalorisant. Le PS soutient ces deux inscriptions dans le Code de procédure pénale et la Procédure pénale militaire.	
PS	73a	1-3		Cette disposition crée une compétence fédérale permettant la reconnaissance de diplômes cantonaux et intercantonaux selon l'ancien droit. L'al. 1 ne s'appliquera qu'aux diplômes obtenus dans le cadre d'une formation relevant déjà de la compétence de la Confédération. Aux termes de l'al. 2, les diplômes relevant de la compétence des cantons pourront suivre une procédure de reconnaissance, laquelle sera confiée à la Croix-Rouge suisse. Cela devrait encourager le maintien dans la profession d'infirmière et d'infirmier, ce que le PS soutient sans réserve.	
				En revanche, l'alinéa 3 prévoit de contraindre les organisations du monde du travail compétentes de présenter, dans un délai de deux ans à compter de l'entrée en vigueur de la disposition, des offres de formation. Ces dernières devraient permettre aux titulaires de diplômes délivrés en vertu de l'ancien droit de transférer leurs titres dans le système de formation actuel. Si nous saluons le principe, le PS tient à faire remarquer que les	

		organisation du travail ne sont pas des prestataires de formation et ne peuvent donc pas proposer d'offres de formation. Par ailleurs, le PS souligne dans ce cadre que, près de la moitié des infirmières et infirmiers nouvellement engagés entre 2010 et 2014 étaient titulaires d'un diplôme étranger. Dans ce contexte, il convient de relever que la population issue de la migration présente un potentiel fort et inexploité. De nombreuses personnes immigrantes affichent des connaissances importantes et une grande volonté. La diversité linguistique et culturelle est un grand avantage pour le traitement des patient-e-s ayant des antécédents linguistiques et culturels tout aussi divers - elle peut éliminer les malentendus et contribuer à des économies dans le domaine de la traduction. Il nous semblerait donc adéquat de proposer des offres de formation à ces personnes dotées d'une formation initiale en soins infirmiers accomplies dans le pays d'origine ainsi que d'introduire un processus de validation des expériences professionnelles.	
PS	10a et 30a	Le PS salue l'inscription dans la loi sur les professions de la santé la protection des dénominations professionnelles. Cela renforcera la confiance des patient-e-s envers les professionnel-le-s et préviendra tout usage abusif des titres. Nous soutenons également la mise en place d'un régime de sanctions envers quiconque utilise sans autorisation l'une des dominations professionnelles protégées. Il existe des situations dans lesquelles certaines institutions recourent à des dénominations professionnelles induisant en erreur. Les personnes, qui portent un tel titre sur instruction de leur employeur, ne devraient pas tomber sous le coup d'une sanction.	

Modification d'autres actes : remarques concernant les articles de la loi sur l'assurance-maladie et leurs explications

Nom/société	art.	al.	let.	Commentaire / observation	Proposition de modification (texte)
PS	25	2	a, ch. 2 ^{bis}	Comme dans le cas de l'initiative parlementaire 11.418, il nous apparaît tout à fait logique d'inscrire les infirmières et infirmiers en tant que fournisseurs de prestations. Cette disposition avait été accueillie positivement. Dans ce sens, nous soutenons la minorité Ammann.	
PS	25a	2		Aux yeux du PS, il est important que les soins qui peuvent être dispensés par le personnel soignant de manière autonome le soient aussi en phase aiguë et de transition. En d'autres mots, il faut que l'autonomie des infirmier-ère-s soit également reconnue dans le domaine stationnaire. D'un point de vue des prestations, les soins aigus et de transition ne diffèrent en rien des autres phases. Il n'y a donc pas lieu de prévoir des compétences distinctes ou des conditions de rémunération spécifique pour cette phase. Il faut favoriser la coopération entre médecins et le personnel infirmier dans leurs domaines de compétences respectifs. C'est pourquoi apportons notre soutien à la minorité Gysi.	
PS	25a	3bis a		Le PS manifeste un soutien sans réserve à la minorité Moret. Celle-ci précise que les coûts des soins imputables permettent de verser une rémunération appropriée aux infirmières et infirmiers, y compris au personnel de formation. Ce faisant, il convient de tenir compte des besoins de soins des personnes souffrant de maladies complexes et de prévoir une rémunération différenciée dans ces cas. En effet, dans les cas complexes, la coordination prend toute son importance et	

			davantage de personnel est impliqué dans la fourniture de prestations.	
PS	38	1bis et 2	Le PS rejette avec véhémence la minorité Herzog, qui veut introduire la liberté de contracter pour le personnel infirmier par la petite porte. Premièrement, nous tenons à rappeler le caractère hautement controversé d'une telle mesure sur le plan politique, car elle induit <i>de facto</i> une restriction de la liberté de choix du fournisseur de prestations. La restriction d'une telle liberté fut – pour rappel – l'une des raisons principales du rejet populaire massif du projet « Managed Care » en 2012. Ce fut de surcroît la raison principale qui mena à l'échec de l'initiative parlementaire 11.418, donc au lancement consécutif de l'initiative populaire. Deuxièmement, appliquer le principe de la liberté de contracter aux infirmières et aux infirmiers prétériterait gravement les objectifs de la révision, voire même sa réussite. En effet, l'activité du personnel infirmier dépendrait de la bonne volonté des caisses-maladie si bien que l'on ne parviendrait pas à renforcer leur autonomie. Enfin, le PS estime qu'une telle disposition pourrait engendrer des surcoûts administratifs. Ainsi cela pourrait finalement conduire à une situation où il serait systématiquement nécessaire de vérifier si les prestations ont été dispensées avec ou sans l'accord d'un médecin avant de pourvoir déterminer le droit du fournisseur de prestations à être remboursé.	
PS	39a		La minorité Carobbio Guscetti propose d'introduire un ratio d'infirmière ou infirmier par patient-e. Il s'agit d'obliger les hôpitaux, les EMS et autres établissements à garantir la présence d'un nombre minimum d'infirmières et infirmiers par patient-e. Le PS souscrit à cette disposition, qui va dans le sens d'un renforcement de la qualité des soins et de la sécurité des patient-e-s. Le dispositif permettrait d'améliorer les	

				conditions de travail du personnel soignant, lequel est aujourd'hui fortement sous pression. Il existe une corrélation scientifiquement prouvée entre, d'une part, la dotation en personnel et, d'autre part la qualité des soins et la sécurité des patient-e-s (notamment pour ce qui est des taux de complications et de motalité). Un tel ratio a déjà été introduit dans plusieurs pays ou régions à l'étranger, notamment en Californie, où les résultats se sont avérés positifs et où l'on a pu lutter efficacement contre la pénurie de personnel soignant. Le cas échéant, le PS préconise l'introduction de valeurs-cibles, qui sont moins contraignantes.	
PS	39	1	b	La minorité Carobbio Guscetti propose de lier l'admission des hôpitaux et autres établissements à la condition qu'ils disposent d'un ratio d'infirmières ou infirmiers par patient-e. Le PS apporte son soutien à cet ajout.	
PS	39b	1-3		De l'avis du PS, l'amélioration globale des conditions de travail du personnel infirmier doit passer par l'introduction d'une convention collective de travail représentative à l'échelon national portant, en particulier, sur le temps de travail, la rémunération et les prestations sociales. Il s'agit également d'un facteur indispensable pour renforcer la qualité des soins ainsi que la sécurité des patient-e-s. Le PS apporte son soutien à la minorité Gysi.	
PS	Dispositions transitoires			En principe, le PS soutient l'idée de conduire une évaluation portant sur les effets de la révision. Nous demandons en revanche que l'évaluation ne se limite pas à une analyse des conséquences économiques de la révision, mais qu'elle tienne également compte des effets sur l'approvisionnement et les besoins en soins, sur la qualité de ceux-ci, sur les interactions avec le corps médical ainsi que sur la pénurie de personnel	

résultats probants et complets.		soignant. C'est seulement ainsi que l'on pourra obtenir des résultats probants et complets.	
---------------------------------	--	---	--

Remarques concernant l'arrêté fédéral sur les aides financières visant à encourager la formation dans le domaine des soins infirmiers et ses explications

Nom/société	art.	Commentaire / observation	Proposition de modification
PS	1	Cet arrêté fédéral est lié à l'art. 7 de l'avant-projet de loi fédérale relative à l'encouragement de la formation dans le domaine des soins infirmiers. Le projet d'arrêté fédéral prévoit un crédit d'engagement d'un montant maximum de 469 millions de francs. Ce montant est adéquat. Aussi le PS rejette-t-il la minorité de Courten. Comme indiqué dans notre commentaire relatif à l'art. 7, nous nous attendons à ce que l'ensemble du crédit prévu soit utilisé. Pour les mêmes raisons indiquées <i>supra</i> , nous rejetons la minorité II Nantermod.	
		Nous rappelons une nouvelle fois ici que la limitation à huit ans n'est pas censée et nous référons à notre commentaire relatif à l'art. 12 de l'avant-projet de loi. De surcroît, si le crédit d'engagement n'était pas entièrement utilisé au terme de ces huit ans, il expirerait.	

Remarques concernant l'arrêté fédéral visant à augmenter le nombre de diplômes en soins infirmiers décernés dans les hautes écoles spécialisées cantonales et ses explications

Nom/société	art.	Commentaire / observation	Proposition de modification
PS	1	Cet arrêté fédéral prévoit un financement spécial incitatif pour augmenter le nombre de places de formation en soins infirmiers HES assorti d'une contribution importante de la Confédération en faveur des cantons responsables. Cet arrêté est fondé sur la loi sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles (LEHE). Il convient de souligner que l'arrêté fédéral prévoit uniquement un soutien aux HES. Or, en Suisse alémanique, celles-ci jouent un rôle moins important si bien qu'une grande partie des étudiant-e-s ne pourront pas être soutenu-e-s. Le projet crée ainsi des inégalités de traitement entre les régions linguistiques, ce qui n'est pas acceptable à nos yeux.	

Remarques concernant l'arrêté fédéral sur les aides financières visant à promouvoir l'efficience dans le domaine des soins médicaux de base, en particulier l'interprofessionnalité, et ses explications

Nom/société	art.	Commentaire / observation	Proposition de modification
PS	1	Le présent arrêté fédéral prévoit un crédit d'engagement d'un total de huit millions de francs pour la promotion de l'efficience dans le domaine des soins médicaux de base. La durée de validité de cet arrêt s'élève à quatre ans. Le PS propose d'harmoniser ce délai avec le reste du contre-projet et de doubler les montants prévus pour les porter à 16 millions de francs sur une période de huit ans. Ce crédit devrait permettre de soutenir des projets concrets sur l'interprofessionnalité au niveau de la formation et de l'exercice de la profession. Ainsi, les infirmières et infirmiers pourront prendre des mesures ou lancer des processus en vue d'améliorer l'efficience dans le domaine des soins médicaux de base.	



Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit CH-3003 Berne

Per Email verschickt: pflege@bag.admin.ch und gever@bag.admin.ch

Bern, den 13. August 2019

Stellungnahme zum indirekten Gegenvorschlag der SGK-N zur Volksinitiative «Für eine starke Pflege»

Sehr geehrter Präsident der Kommission, Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) hat einen Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative in die Vernehmlassung geschickt. Wir danken für die Gelegenheit, die Bemühungen der SGK-N und die Antwort zur Vernehmlassung des Schweizer Berufsverbandes der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) kommentieren und unterstützen zu dürfen.

Wir sind eine interdisziplinäre Fachgruppe von Senior-/innen, die sich nach der aktiven Berufsphase in den Bereichen Pflege und sozialen Dienstleistungssektoren, in der Arbeitsgruppe Gesundheit der SP 60 plus Schweiz engagieren. In Zukunft wird die Interprofessionalität, das heisst, eine integrierte Versorgung durch Fachleute aus allen Bereichen des Gesundheitswesens und die Zusammenarbeit mit sozialen Berufen, immer wichtiger. Unser Fokus ist ein qualitativ hochstehendes Gesundheitswesen, für alle erreichbar und finanzierbar in allen Lebensphasen.

Daher unterstützen wir die berechtigten Anliegen der Initiantinnen der Pflegeinitiative. Wir bevorzugen jedoch den Weg des indirekten Gegenvorschlages auf Gesetzesebene unter der Voraussetzung, dass den Anliegen der Initiative Rechnung getragen werden und bestehende Mängel behoben werden.

1) Allgemeine Bemerkungen

Aus der ursprünglichen Pflegeinitiative sind 2 Forderungen nicht mehr erwähnt im indirekten Gegenvorschlag:

- Verbesserung der Arbeitsumgebungsqualität
- angemessene Abgeltung der Pflegeleistungen

Nach wie vor vermissen wir die Anerkennung der Betreuung als unverzichtbaren Teil der Pflege und deren Finanzierung.

• Betreuung ist integrierter Bestandteil der Pflege und muss bezahlt werden

Wir weisen darauf hin, dass der Zusammenhang von *Input* und *Outcome* nicht zu übersehen ist. Die Qualität der Leistung hängt unmittelbar mit der Arbeitszufriedenheit zusammen. Anerkennung und Wertschätzung durch entsprechendes Lohnniveau sind Schlüssel zur Berufswahl junger Menschen ins Gesundheitswesen, besonders zur Wahl einer Ausbildung im Langzeitbereich.

Höhere Fachausbildungen (HF, Höfa und *Bachelor of Science*) sollen auf die Alltagssituationen im Akut und Langzeitbereich, in Spitälern, Heimen und im Spitexbereich ausgerichtet sein. Es sollen genügend Ausbildungskräfte mit entsprechenden Qualifikationen finanziert werden, und von den kantonalen Behörden laufend überprüft und weitergebildet werden. Die Notwendigkeit muss erkannt werden, dass breites Fachwissen in hoher Qualität direkt bei den Patient-/innen und Bewohner-/innen oder Klient-/innen wirken müssen und nicht die bestqualifizierten Kräfte im "Back-office" in der Administration "versickern". Die Pflegequalität darf nicht durch den stets wachsenden, freien Markt von Anbietern im Dienstleistungssektor der Pflege zu Hause, geschmälert werden. Die Kantone sollen in der Pflicht stehen, gute Pflege und Betreuung für alle zu gewähren und diese laufend zu prüfen.

Nicht das KVG soll über die Abgeltung von pflegerischer Leistung bestimmen. Im kantonalen Gesundheitsgesetz sollen klare Regelungen und Nachschlagelisten enthalten sein und laufend angepasst werden.

2) Bemerkungen zur Forderung der Ausbildung im Pflegebereich

Die Förderung der Ausbildung auf allen Stufen ist dringend. Die Nachwuchsplanung soll jährlich geprüft und angepasst werden, so die möglichen Praktikumsplätze, die Studien- Plätze auf allen Ebenen. Die muss in direkter Verhandlung vom Kanton mit den Gesundheits-Institutionen durchgeführt werden.

Es braucht eine angemessene Infrastruktur, das heisst, gut ausgebildete Lehrkräfte und Praxisausbildner-/innen, um die Qualität der Ausbildung zu gewähren. Kleinere Betriebe (Heime oder Spitex-Organisationen) sind mit Zwangsverordnungen oft überfordert.

Einerseits kann es nicht sein, dass kleinere Institutionen oder Spitexbetriebe sich um ausgebildetem Fachpersonal aus den europäischen Nachbarländern bemühen, um die eigene Verantwortung zur Aus- und Weiterbildung und Nachwuchsförderung den öffentlichen Institutionen zu überlassen. Kantonale Verbundsysteme mit Rotationsverfahren während der Ausbildung, in allen Gesundheitsberufen auf allen Stufen, könnten zu fairen Lösungen und zu breiterer Kompetenzförderung in diversen Spezialgebieten der Pflege führen. Einzelne Kantone kennen bereits solche Lösungen für eine solidarische Bildungs- und Nachwuchsförderung.

Ausbildungskosten sollen durch kantonale Gesetze geregelt werden und können nicht auf Pflegeempfänger abgewälzt werden oder rein aus dem Betriebsbudget gedeckt werden müssen. Rahmenbedingungen zur Deckung der Ausbildungskosten sollen vom Bund an die

Kantone erlassen werden. Die SGK /NR fordert 50:50 Prozent von Bund und Kantonen zur Kostendeckung. Das Gesetz soll wohl auf die Nachhaltigkeit der Berufsbildung setzen, doch sicher auf längere Sicht als auf 8 Jahre. Die Ausbildungsdauer und die Umsetzung der neuen Gesetze dauern einige Jahre.

Es kann nicht genug betont werden, die Betriebe zu mehr Ausbildungspotenzial zu motivieren und finanziell zu unterstützen.

3) Änderungen im Erlass zum Berufsbildungsgesetz

Die diplomierten Pflegefachpersonen sind nach KVG neu zu benennen, z.B. nach kantonalen Fachhochschulen. Der Schutz der Titel und der Qualität soll der Kompetenzzuteilung nach Kantonsgesetz unterliegen.

4) Änderungen im Krankenversicherungsgesetz

Neuregelungen im KVG in Bezug der erbrachten Pflegeleistungen, die ohne ärztliche Verordnung erbracht werden, aber in Rechnung gestellt werden, müssen neu deklariert werden. Die Bürokratie vernebelt heute die wahren Kompetenzen der Pflege. Die breite Wirkung der Pflege, die Skills und das umgesetzte Wissen müssen endlich anerkannt und im KVG verankert werden. Die Leistungen des Pflegebedarfs von Personen mit komplexen Erkrankungen und Personen am Lebensende sind neu einzustufen und mit höherem Zeitfaktor und angemessener finanziellen Vergütung zu berechnen. Die oft fehlende Zeit für die Betroffenen führ beim Pflegepersonal zu Frustration und zu vermehrten Berufsausstiegen (siehe Anhang).

(Minderheitsantrag von Ammann ist anzunehmen)

Die AÜP ist eine Finanzierungspraxis, die befristet ist. Die pflegerische Kompetenz ist nicht anders gefordert, wie in allen Bereichen des Behandlungspfades. Der Pflegeprozess ist im Fachbereich Pflege so ausgerichtet, dass Assessment, Planung, Durchführung, Evaluation und Neuanpassung der Pflegeinterventionen erbracht werden kann. Die Pflegediagnosen nach NANDA gehören zur gängigen Praxis und vermehrt die Interventionen nach NIC (internationale Klassifikation der Pflegehandlungen = Nursing Interventions Classification)

5) Anerkennung des eigenständigen Bereichs der Pflege

Im Grundsatz handelt es sich um den Nachvollzug der längst gelebten Praxis. Es geht um die Neuregelung der Kompetenzen zwischen Ärzten und Pflege. Die Neuregelung wird nicht mit Mehrkosten verbunden, neu können Leistungen der OKP in Rechnung gestellt werden.

(Minderheitsantrag von Ammann ist anzunehmen)

Auch im Bereich von AÜP soll diese Neuregelung der Abgeltung der Pflege Gültigkeit haben. Es sollen die Abgeltungen der Leistungen und auch die erforderlichen Qualitätsanforderungen im kantonalen Gesundheitsgesetz verankert werden. Nationale Standards der Leistung sollen gefördert werden. (Sturzprophylaxe, Dekubitusprophylaxe, Pflege bei Diabetes, Pflege bei Demenz etc.)

6) Bundesbeschluss über die Erhöhung der Ausbildungsabschlüsse

Der Bedarf der Pflegenden nach Auftrag der Institution, der Komplexität der vorhandenen Pflege- und Behandlungssituation richtet sich nach kantonalem Gesundheitsgesetz. Er ist je nach der Arbeitsplatzsituation (Städtischer oder ländlicher Situation) und nach Dichte des Versorgungsnetzes sehr differenziert zu betrachten. Da scheint die Unterschiedlichkeit der

Kantone, der Regionen und der Finanzierung in den Kantonen für den Gesundheitsbereich, besonders für den Langzeitbereich, eine grosse Rolle zu spielen.

7) Bundesbeschluss über Finanzhilfen zur Förderung der Effizienz

Es besteht der Wunsch (SBK), einen national verbindlichen GAV zur Besserung der Arbeitsbedingungen zu erreichen. Dies könnte aber auch auf zu hoher Stufe geschehen, als "Allerwelts-Regelung", die zu einfach in den Kantonen und Betrieben abflachen könnten.

Eine qualitativ hochstehende Pflege, umfassend nach der Definition WHO = CARING beinhaltet sowohl die direkte und unterstützende Selbst- und Körperpflege, die Behandlung und die Prävention zur Erhaltung und Stärkung der Gesundheit, Begleitung durch eine Rehabilitationsphase und auch zur Begleitung in der letzten Lebensphase.

CARING meint Pflege und Betreuung, was endlich vom KVG revidiert und berücksichtigt werden muss (siehe Anhang). Kommunikation, Beziehungsaufbau und Förderung der Sozialisierung in allen Phasen des Lebensprozesses muss unbedingt mehr Beachtung erlangen. (KVG-Änderung von 2011 soll rückgängig gemacht werden).

Erst nach Aufwertung der eigenständigen Kompetenzen der Fachpflege wird der Beruf in seine Attraktivität und in seinem Image nachhaltig eine neue Anziehungskraft erleben.

Die forcierte Finanzierung soll in den Kantonen erkannt und beschlossen werden, dass die Ausbildung *und* die Fort- und Weiterbildung der Pflegeberufe längerfristig die einzige Lösung der Bewältigung der demographischen Entwicklung und die Anforderungen an die Versorgung der alten Menschen im Heim- und Spitexbereich bieten.

SP60+

Marianne de Mestral

Marianne de Mestral

Co-Präsidentin

Carlo Lepori Co-Präsident

Carlo legor:

INSTITUT FÜR
PFLEGEWISSENSCHAFT
Universität Basel





Definition von professioneller Pflege

Professionelle Pflege fördert und erhält Gesundheit, beugt gesundheitlichen Schäden vor und unterstützt Menschen in der Behandlung und im Umgang mit Auswirkungen von Krankheiten und deren Therapien. Dies mit dem Ziel, für betreute Menschen die bestmöglichen Behandlungs- und Betreuungsergebnisse sowie die bestmögliche Lebensqualität in allen Phasen des Lebens bis zum Tod zu erreichen.

Professionelle Pflege...

...richtet sich an Menschen in allen Lebensphasen, an Einzelpersonen, Familien, Gruppen und Gemeinden, an Kranke und deren Angehörige, sowie an Behinderte und Gesunde.

...umfasst, auf einem Kontinuum, Aufgaben zur Gesundheitserhaltung und –förderung, zur Prävention, in der Geburtsvorbereitung und Geburtshilfe, bei akuten Erkrankungen, während der Rekonvaleszenz und Rehabilitation, in der Langzeitpflege sowie in der palliativen Betreuung.

...wird sowohl in Institutionen des Gesundheitswesens als auch ausserhalb, im privaten und im öffentlichen Raum, sowie in Übergangssituationen ausgeübt.

...beruht auf einer Beziehung zwischen betreuten Menschen und Pflegenden, welche von letzteren geprägt ist durch sorgende Zuwendung, Einfühlsamkeit und Anteilnahme. Die Beziehung ermöglicht die volle Entfaltung von Ressourcen der Beteiligten, das Zulassen der zur Pflege nötigen Nähe und das Festlegen gemeinsamer Ziele.

...basiert auf Evidenz, reflektierter Erfahrung und Präferenzen, bezieht physische, psychische, soziale und spirituelle sowie kulturelle, alters- und geschlechtsbezogene Aspekte ein und berücksichtigt ethische Richtlinien.

...erfasst die Ressourcen und den Pflegebedarf der betreuten Menschen, setzt Ziele, plant Pflegeinterventionen, führt diese durch (unter Einsatz der nötigen zwischenmenschlichen und technischen Fähigkeiten) und evaluiert die Ergebnisse.

...umfasst klinische, pädagogische, wissenschaftliche sowie Führungsaufgaben, die ergänzend von Pflegenden mit einer Grundausbildung und solchen mit unterschiedlichen Weiterbildungen, von Generalisten/Generalistinnen und Spezialisten/Spezialistinnen wahrgenommen werden.

...erfolgt in Zusammenarbeit mit den betreuten Menschen, pflegenden Angehörigen und Mitgliedern von Assistenzberufen im multiprofessionellen Team mit Ärzten und Ärztinnen (verantwortlich für medizinische Diagnostik und Therapie) und Mitgliedern anderer Berufe im Gesundheitswesen. Dabei übernehmen Pflegende Leitungsfunktionen oder arbeiten unter der Leitung anderer. Sie sind jedoch immer für ihre eigenen Entscheide, ihr Handeln und Verhalten verantwortlich.

Entwickelt für das Projekt "Zukunft Medizin Schweiz" der SAMW (Schweizerische Akademie für medizinische Wissenschaften)

Schweizerische Volkspartei Union Démocratique du Centre Unione Democratica di Centro Partida Populara Svizra Generalsekretariat / Secrétariat général Postfach, CH-3001 Bern Tel. +41 (0)31 300 58 58, Fax +41 (0)31 300 58 59 gs@svp.ch, www.svp.ch, PC-Kto. 30-8828-5



pflege@bag.admin.ch gever@bag.admin.ch

Bern, 12. August 2019

19.401 Parlamentarische Initiative. Für eine Stärkung der Pflege – für mehr Patientensicherheit und mehr Pflegequalität

Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die SVP Schweiz kann den indirekten Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative in der vorliegenden Form nicht gutheissen. Statt gesamtheitlich auf eine leistungsfähigere hinzuwirken, Pflege wird einseitia Verakademisierung vorangetrieben. Für die Finanzierung dieser teuren, theoretischen Ausbildung sollen darüber hinaus Bundesgelder für eine klar kantonale Aufgabe aufgewendet werden. Und ohne das Ergebnis entsprechender Pilotprojekte abzuwarten, soll das Pflegefachpersonal in eigener Verantwortung seine Leistungen abrechnen können. Wenn nicht einmal eine Vertragszwanglockerung eingeführt wird, lösen Befürworter von Initiative und Gegenvorschlag eine weitere Kostenlawine ohne echte Leistungsverbesserung aus. Die SVP Schweiz appelliert an alle Parteien, zumindest die kostendämpfenden Minderheitsanträge zu unterstützen. Sonst stehen zur vermeintlichen 'Stärkung der Pflege' nur eine Skylla-Initiative und ein Charybdis-Gegenvorschlag zur Auswahl.

Die SVP macht im Pflegebereich ungenutzte Potentiale, ineffiziente Strukturen und einen kontraproduktiven Hang zur Verakademisierung aus. Initiative und Gegenentwurf meiden es leider, diese Problemfelder zu adressieren. Sie wollen gewerkschaftlich fixe Arbeitsbedingungen für das Personal erzwingen. Art. 117a der Bundesverfassung benötigt nicht noch einen berufsspezifischen Artikel. Vielmehr muss das eigentliche Ziel darin bestehen, dass die Pflegebedürftigen eine angemessene Behandlung erhalten. Eine ungenügende Pflege führt oft zu Folgekosten im teuren stationären Bereich. Aber ebenso müssen die Prämienzahlenden davor geschützt werden, dass auch noch im Pflegebereich Überversorgung und ungebremste Mengenausweitung Einzug halten, wie sie bereits in vielen anderen Gesundheitsbereichen das Kostenwachstum ohne adäquaten Mehrwert befeuern. Und nicht zuletzt die Patienten, die einen grossen Teil der Pflegekosten selber tragen, haben ein Anrecht daran, dass sie für ihr Geld echte Leistungen erhalten, und nicht ineffiziente Strukturen subventionieren, die zu unattraktiven Arbeitsbedingungen für das Personal mitbeitragen.

Der gesetzgeberische Weg wäre unabhängig von den konkreten Inhalten einer Volksinitiative vorzuziehen. Auf den indirekten Gegenvorschlag in der vorliegenden Form muss die SVP aber beantragen, nicht einzutreten. Sie lehnt sowohl das Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege wie auch den Bundesbeschluss über Finanzhilfen zur Förderung der Ausbildung im Bereich

der Pflege, der einen Verpflichtungskredit von 469 Millionen Franken für acht Jahre vorsieht, ab. Sowohl das Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege, wie auch der Bundesbeschluss über Finanzhilfen zur Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege führen für den Bund zu hohen Kosten in einem Bereich, wo die Kantone und die Betriebe in der Verantwortung stehen. Dasselbe ailt für den Bundesbeschluss über die Erhöhuna Ausbildungsabschlüsse in der Pflege an deren kantonalen Fachhochschulen und den Bundesbeschluss über Finanzhilfen zur Förderung der Effizient in der medizinischen Grundversorgung, insbesondere der Interprofessionalität.

Pflegeausbildung

Die Förderung der Pflegeausbildung ist zu begrüssen, wenn sie die Qualität und Effizienz der Pflegeleistungen steigert. Daran ist sie auch zu messen, nicht an einer blossen Verakademisierung des Personals, welche primär die Kosten ansteigen lässt. Es werden bereits grosse Anstrengungen mit messbaren Ergebnissen unternommen (Masterplan Bildung Pflegeberufe 2010-2015), Ausbildungszahlen zu steigern. Die nun vorgeschlagenen Zusatzanstrengungen verletzen aber die föderalistischen Prinzipien. Dieser Prinzipienbruch muss mindestens zeitlich befristet bleiben. Die Chancen des dualen Bildungssystems in der Schweiz können besser genutzt werden. Wenn genügend Hilfspersonal für die einfacheren Pflegeleistungen vorhanden ist und auch eingesetzt wird, entlastet dies die höher qualifizierten Pflegefachkräfte. So können Mehrleistungen und bessere Arbeitsbedingungen zu tragbaren Kosten generiert werden.

Personal- und Nachfolgebedarf

Angesichts der im internationalen Vergleich keineswegs tiefen Anzahl Pflegefachkräfte im Verhältnis zur Bevölkerung, und der steigenden Anzahl entsprechender Berufsabschlüsse, verstärkt sich der Eindruck, dass die vorhandenen Personalressourcen nicht effizient eingesetzt werden. Die zu hohe Dichte an zu kleinen Spitälern, Alters- und Pflegheimen hat ihren Anteil am Fachkräftemangel. Gerade angesichts des demographisch bedingten Anstiegs an Pflegeleistungen müssen diese strukturellen Ineffizienzen parallel mit der Ausbildungsoffensive und Aufwertung der Pflegeberufe angegangen werden. Sonst steigen die Kosten unverhältnismässig stärker als die effektive Leistung.

Einführung des Rechts für Pflegende, Leistungen in eigener Verantwortung abzurechnen

Eine Aufteilung in einen eigenverantwortlichen Bereich und einen Bereich, bei dem die Ärzte verschreiben müssen, können Sinn machen und zur gewünschten Aufwertung der Pflegefacharbeit beitragen. Ob die Übertragung Abrechnungskompetenzen von Ärzten auf Pflegepersonal aber wirklich Einsparungen führt, muss erst noch durch die laufenden Pilotprojekte erwiesen werden. Sollte den Pflegefachkräften die Abrechnungskompetenz eingeräumt werden, müssen die Versicherer auf die Kosten kontrollierend einwirken können, einschliesslich Sanktionsinstrument. Eine mit Rücksicht auf die Kosten erfolgte Stärkung der Pflege wäre aus Sicht der SVP der nachhaltigere Weg, als eine einseitig durchgedrückte Scheinlösung, die wegen untragbarer Kostenfolgen bald wieder in Frage gestellt wird.

Kontaktperson: Nationalrätin Verena Herzog

Will Pish

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär

Albert Rösti Nationalrat **Emanuel Waeber**